

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 1 Mal und ist durch die Expedition, Neue Strassenstr. 6/8, und durch Kolportage zu beziehen. Preis hierfür jährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, frei ins Haus 2.92, wo keine Post am Orte 2.18.84.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellung 1914: Derzeitige Abbestellung des „Volkswacht“ ist nur bis zum 1. März 1914 möglich. Nach dem 1. März 1914 ist die Abbestellung nur für den nächsten Monat möglich. Die Abbestellung für den nächsten Monat ist bis zum 1. März 1914 möglich. Die Abbestellung für den nächsten Monat ist bis zum 1. März 1914 möglich.

Telephon: Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon: Expedition 1206.

Nr. 61.

Breslau, Freitag, den 13. März 1914.

25. Jahrgang.

## Die rote Woche

gibt allen Genossen und Genossinnen Gelegenheit, zu zeigen, daß sie nicht nur mit dem Wort, sondern mit Herz und Seele Sozialdemokrat sind!

## Die rote Woche

darf niemand vorbeigehen lassen, ohne sich zu bemühen, uns wenigstens ein neues Parteimitglied, einen neuen Abonnenten zuzuführen!

## Die rote Woche

gibt Gelegenheit, dem Freunde, dem Bekannten, dem Arbeitskollegen vorzustellen, wie gefährlich der Ansturm der Reaktion für die Arbeiterklasse werden kann, wenn das arbeitende Volk nicht alle Kräfte zusammennimmt, dem zu begegnen!

## Die rote Woche

muss und wird einen gewaltigen Kräftezuwachs für die Partei bringen, wenn Du, lieber Genosse, und Du, liebe Genossin, uns Deine Kraft zur Bewältigung der zu leistenden Arbeit zur Verfügung stellst. Du wirst es tun, wenn es Dir mit Deinem politischen Glaubensbekenntnis ernst ist; Du wirst mit dabei sein, wenn wir die Pioniere der roten Woche mustern!

## Sozialistenverfolgung in Japan.

Von S. Katayama (Tokio).

In Japan haben in den letzten Jahren die Regierungen oft gewechselt; bald war eine konservative, bald eine bürokratische, bald eine „liberale“ am Ruder. Aber welches auch ihr Adjektiv sein mochte, welche Politik sie auch vorgaben, zu verfolgen, eines war und ist allen gemeinsam: die blinde Unterdrückungswut, der brutale Haß gegen die sozialistische Bewegung. Als das gegenwärtige Ministerium den Vertrauensmann der Militärpartei, Katsura, ablöste, erwarteten viele eine Aera größerer Freiheit und des Fortschrittes. Leider vergeblich. Die sogenannte liberale Regierung übertrifft in der Verfolgung aller derjenigen, die im Geruch des Sozialismus stehen, noch ihre rein reaktionären Vorgänger. Die Elite, die jetzt als „liberale“ Regierung wirkt, behandelt die Sozialisten kurzerhand als Verbrecher. Sozialistische Bücher zu verkaufen ist noch immer verboten; ein Arbeiterblatt besteht nicht mehr. Alles, was an sozialistischer Literatur vorhanden war, wurde kurz nach dem Prozeß gegen die sogenannten Anarchisten, Koto und Genossen, unterdrückt. Seitdem ist es bloß dem Genossen Samschirojittawa möglich gewesen, ein Buch über die Geschichte des Sozialismus zu veröffentlichen; aber auch diese mehr akademische Schrift wurde gleich nach dem Verlassen der Presse von der Regierung verboten und konfisziert. Zumeilen werden bürgerlichen Männern allerdings Artikel über den Sozialismus gestattet, aber nur, weil sie ihn angreifen. Jedenfalls darf die sozialistische Lehre öffentlich nicht verbreitet werden. Beim Tode unseres Genossen Hebel waren zwei Genossen glücklich genug, einen Artikel über ihn in die Öffentlichkeit zu bringen. Sie ließen darin den toten Führer sprechen. So half uns noch der tote Hebel in Japan, den Sozialismus verkünden. Auch der sehr einflussreiche Kathedersozialist Professor Heischrieb unserem verstorbenen Führer einen Nachruf in einer der bedeutendsten Zeitschriften Japans.

Der Sozialismus ist in gewissem Sinne sehr populär im japanischen Volke. Wer heute in Japan ein Buch über Wirtschaftspolitik schreibt, beschäftigt sich mit den sozialistischen Grundsätzen. Gewiß, diese Werke sind vom Standpunkt des Akademikers aus verfaßt; dessen ungeachtet helfen sie den sozialistischen Gedanken verbreiten. Es ist bezeichnend für unsere Zustände, daß sich keiner dieser Autoren Sozialist nennt. Würden sie es tun, wäre es mit ihrer Karriere zu Ende. Aus dem gleichen Grunde hüten sie sich, mit Sozialisten in Verbindung zu treten. Sie sind ängstlich darauf bedacht, alles zu vermeiden, was sie als Sozialisten erscheinen lassen könnte. Die Furcht vor dem Spitzbuben ist mächtiger, als die Ge-

sinnungsstärke. Die berufliche wie soziale Stellung ist ihnen tiefer als der Name eines aufrechten Mannes.

Wir Sozialisten können keinerlei positive Propaganda treiben, weil wir nur zu gut wissen, daß von unserer Gesetzgebung und Rechtsprechung keinerlei Schutz zu erwarten ist. Denn, auch wenn wir es auf eine Anklage ankommen ließen, würden Schuldbeweise von Polizisten und Detektiven gegen uns fabriziert und auf Grund dieser das Urteil gesprochen werden. Uebrigens braucht sich die Obrigkeit die Mühe eines regelrechten Prozesses gar nicht zu machen. Wenn sie irgend einen Sozialisten zu beseitigen wünscht, so hindert sie niemand, ihn zu verhaften und vor ein Geheimgericht zu stellen, ihn also unter vollständigem Ausschluß der Öffentlichkeit und mit Hilfe der alles beschwörenden Polizeifesseln zu verurteilen.

Dieser traurige Stand unserer Rechtsprechung macht uns, wie leicht begreiflich, vorsichtig, nein ängstlich. Wir erwägen es zweimal, ehe wir mit einer agitatorischen Arbeit beginnen. Aber auch wenn wir uns jetzt wenig in der Öffentlichkeit zeigen lassen, so sind wir noch nicht tot. Die Flamme der revolutionären Begeisterung wird von einer naturgemäß kleinen aber treuen Schar fleißig weiter genährt, damit es zu günstigerer Zeit wieder frisch lodern kann. Zweimal im Monat versammelt sich das Präsidium der Unerfährlichen in dem Hause im lateinischen Viertel Tokios, wo einst der deutsche Genosse Kummer Zuflucht fand, um über unsere Lehre und Taktik zu diskutieren, um wenigstens unter der fichten Schar Geizhalsen Einseitigkeit im Denken und Handeln zu schaffen, damit sie bereit sind, für die kommenden Kämpfe gegen den gemeinschaftlichen Feind. Ein anderer Weg bleibt uns unter dem gegenwärtigen Zustand leider nicht, für die Bewegung zu arbeiten.

## 1000 Mark Belohnung!

Der Polizeipräsident von Charlottenburg hat eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt!

Was ist geschehen? Ist ein Raubmord verübt worden? Hat ein frecher Betrüger eine Bank um Hunderttausende betrogen? — O nein, ein viel schrecklicheres Verbrechen hält die Gemüter in Aufregung. In der Nacht vom Dienstag auf den Mittwoch hat irgend ein Schandbube auf den Sockel des Kaiser-Friedrich-Denkmal in Charlottenburg mit roter Farbe sechs oder sieben Mal die beiden Worte „Rote Woche!“ geschrieben. Ein Hohenzollern-Denkmal ist geschändet, eine gemeine Seele hat ein Bildwert befudelt, das, wenn auch nicht zu den ästhetischen, so doch zu den patriotischen Gefühlen der Bewohner sprach!

Ist es ein Wunder, daß tiefe sittliche Entrüstung durch die Reihen aller nationalen Elemente geht? Daß sein Wort scharf genug ist, um den Uebelthäter zu brandmarken? Daß alle Leute, die auf ihre Reputation Wert legen, sich vor Empörung nicht zu lassen wissen und die Entschlossenheit des Polizeipräsidenten preisen, der so tief in den Geldbeutel greift, um die Ueberführung des niederträchtigen Bösewichts zu erleichtern?

Der „Vorwärts“ hat nicht gesäumt, den Vorfall lebhaft zu bedauern und daran zu erinnern, daß öffentliche Kunstwerke unter dem Schutz der Öffentlichkeit stehen und vor jedem Angriff bewahrt bleiben sollen. Aber was hilft das Bedauern? Die Ordnungsorgane weisen der Sozialdemokratie nach, daß ihre Leute den Boden, aus dem die Tat entsprossen ist, wohl vorbereitet habe, daß die sozialdemokratische Partei für den „Raubstreich“, die „Schmutzerei“, die „Schandtat“ verantwortlich sei. Die Sozialdemokratie habe sich und ihre Sache, ihre rote Woche beschmutzt und geschändet.

In dieser Tonart wird es ja jetzt wohl noch eine Weile weiter gehen und wenn man gar den Unglücks-menschen folgt, der mit der roten Farbe das Hohenzollern-Denkmal besudelt hat, dann dürfen wir gewiß sein, daß die öffentliche Meinung, soweit sie in der nationalen Presse ihre Vertretung findet, die höchste Strafe für ihn fordern und daß das Verdict nicht säumen wird, diesen Wünschen zu entsprechen.

Denn es ist ja natürlich ein Zeichen der niederträchtigsten Gesinnung, die Bildsäule eines Monarchen für agitatorische Zwecke zugunsten der Sozialdemokratie zu benutzen. Wenn junge Akademiker Denkmal „schänden“, so beweist das ihren Will und ihren Humor. Sie verstehen sie ja auch nicht mit so anreizenden Worten, wie „Rote Woche“. Sie benutzen viellecht auch nicht gerade die revolutionäre rote Farbe. Sie sind ja gut erzogene junge Leute von anerkannt hoher Gesinnung, sie sind keine Verbrecher, keine Schmutzkane, keine Schandbuben.

Und wenn feudale Korpsstudenten, denen der Alkohol den letzten Rest von Besinnung und künstlich angezogener Wohlstandigkeit geraubt hat, in wilder Herjörungsman auf Dampfschiffen und in Eisenbahnwagen hausen, dann sagt ihnen keiner nach, daß sie damit ihr Korps und seine erhabenen Farben schänden. Dann geht man vielmehr mit einem Achselzucken über solche Streiche hinweg: „Jugend hat keine Lugen!“

Der Arbeiter aber, der Sozialdemokrat, der sich darüber empört, daß die Polizei verschimmelte Paragraphen ausgräbt, um zu verhindern, daß seine Partei das Publikum mit Plakaten auf ihre Veranstaltungen aufmerksam machen kann, und der sich durch seinen Wunsch, dem Herrn v. Jagow und seinen Kameraden einmal einen Schaber-nack anzutun, zu einer nicht einwandfreien Handlung hinreißen läßt, der ist ein Schwerverbrecher, der gehört zum Abschamm der Menschheit, der ist das Produkt der infamen Gekerkelt, die die sozialdemokratische Partei leistet. Ueber den sitzen die Ordnungsgesetze zu Gericht, die sich an der Wertschätzung ihrer eigenen Jugendbeselen wie heroischer Taten rühmen, auf dessen Haupt steht derselbe Polizeipräsident, der soeben für die Ergreifung eines Halunken, der mit einem scharfen Beil über wehrlose Frauen herfiel, 300 Mk. ausgesetzt hat, einen Preis von tausend Mark aus.

Und nun an die Arbeit, ihr Demuzanten! Es gilt 1000 Mark zu verdienen und es gilt eine Bürgerkrone zu erwerben.

## Politische Uebersicht.

### Russische Drohungen und Aufjancidereien.

Die „Petersburger Wochenszeitung“ veröffentlicht folgende, kuffischen erregende Erklärungen eines hohen Militärbefehlshabers, hinter denen man angeblich den Kriegsminister vermutet, was aber klar zu bezweifeln ist:

Wir können stolz behaupten, daß die Zeit der Drohungen vorüber ist, daß Russland keine fremden Drohungen mehr fürchtet, und daß die russische öffentliche Meinung keinen Grund mehr hat, sich zu beunruhigen. Wir stellen im vollen Bewußtsein der Macht unseres von der ausländischen Presse beleidigten Vaterlandes fest, daß das Hauptziel der Landesverteidigung erreicht ist. Bisher hatte der russische militärische Operationsplan desensitiven Charakter, jetzt weiß man, daß Russlands Armee im Gegenteil eine aktive Rolle spielen wird. Gut befestigte Verteidigungslinien sind an Stelle einer Reihe von Forts getreten. Es sind die früheren Defensivbahnen verlassen worden. Unser Offizierskorps ist verächtlich vermehrt worden und bildet ein homogenes Ganzes. Unsere Artillerie besitzt Geschütze, die den fremden Wägen in nichts nachgeben. Unsere Küsten- und Festungsgeschütze sind sogar denjenigen anderer Staaten überlegen. Unsere Artillerie wird sich nicht mehr über Danoel an Geschossen betteln können. Die Lehren der Vergangenheit sind auf fruchtbaren Boden gefallen. Der militärische Automatismus hat eine hochgradige Vervollkommnung erreicht. Alle unsere Einheiten besitzen Telephon-Einrichtungen. Unsere Soldaten können im Bedarfsfälle das Eisenbahnsystem benutzen. Unsere Luftabwehr ist durch die von Iw Sidorow bekannt. Wir können daher hoffen, daß, wenn die Umstände es erheischen, unsere russische Armee nicht nur stark erscheinen wird, sondern auch gut unterrichtet, wohlbewaffnet und mit allen technischen Neuerungen versehen sein wird. Unsere Armee, die bisher in Friedensübung zu kämpfen pflegte, siehe gegen Japan und die Türkei, wird die Grundlage des Verteidigungssystems, in dem sie unterrichtet worden ist, nicht vergessen. Unsere Armee, deren Effektivstärke in der letzten Zeit um ein Drittel vermehrt worden ist und aus homogenen Regimenter besteht, ist durch die Stärke ihrer Kavallerie und die Höhe ihrer Ausrüstung an die erste Stelle gerückt. Es ist wichtig, daß die russische öffentliche Meinung sich dessen bewußt ist, daß das Vaterland auf jede Möglichkeit gefaßt ist. Aber die militärische Macht eines Landes, dessen Herrscher in der Frage der Friedenskonferenz im Haag die Initiative ergreifen hat, kann nur den Staaten unangenehm sein, die aggressive Absichten haben. Niemand darf Gelüste auf irgendwelche Teile des russischen Reiches haben. Ebenso wie der Deutsche, wünscht Russland den Frieden, aber es ist im Bedarfs-falle auch gerüstet.

Man braucht sich nur zu erinnern, welche Spitzbuben und Verbrecher in- und außerhalb der russischen Armee die Kriegsvorfälle und Militärbefürnisse schon besorgt haben, um den Wert dieser Aufjancidereien beurteilen zu können.

### Schutz der Ehre.

Der Berliner Bürger, der an den Staatsanwalt eine förmliche Anzeige gegen den Reichstagsbeleidiger General v. Brocham richtete, hat das unerwünschte Thema des deutschen Ehrenschutzes um ein anständiges Kapitel vermehrt. Ergötzlich wirken nicht nur die juristischen Ausführungen des Staatsanwalts, der die Vorbereitung eines Verfahrens auf einmal von einem förmlichen Antrag des Reichstages abhängig machen will, noch viel lustiger wirken die Sprünge der konservativen Presse, die bei dem Gedanken, der Staatsanwalt könnte einmal auch gegen einen konservativen Ehrenbeleidiger einschreiten, völlig aus dem Häuschen gerät. Die „Deutsche Tageszeitung“ beschäftigt sich jetzt mit dieser Angelegenheit in langen Ausführungen, in denen sie auseinandersetzt, daß der Standpunkt des Staatsanwalts vollständig korrekt sei, denn erstens habe der schimpfende General mit dem Ausbruch Rote nicht alle Abgeordneten gemeint, zweitens sei der Ausbruch „gemeinliche Beleidigung“, auf den Reichstag angewendet, gar nicht beleidigend, sondern durchaus zutreffend, drittens sei es Sache des Reichstages, die Initiative zu ergreifen, falls er eine Verfolgung wünsche, und außerdem handele es sich um eine „königliche Demuzation“ und eine „Bogotelle zweifelhafte Art“.

Durch ihr Schimpfen zeigt die „Deutsche Tageszeitung“, wie unangenehm ihr die Sache ist. Es handelt sich natürlich in diesem Falle um eine Demuzation, die mit



Prügel durch Geißliche.

In der Mittwochs-Sitzung des elsass-lothringischen Landtages kam Genosse Peirotes auf das Prügeln der Volksschule zu sprechen und forderte durch eine Resolution, daß in der Volksschule, ebenso wie bereits in den höheren Schulen, die Prügelftrafe abgeschafft werden solle.

An die Redaktion der 'Freien Presse' in Straßburg! Ist jemand verpflichtet, sein Kind einem Geißlichen im Religionsunterricht weiter anzuvertrauen, der die Kinder mit der Prügelftraße so traktiert, daß blau und grün unter laufende Striemen an Rücken, Schenkel, Gesäß zurückbleiben, bloß aus dem Grunde, daß sie Sonntags am Morgen an Sonntagskleidern die Kirche nicht besuchen wollten?

Dieser Brief rief lebhafteste Unruhe innerhalb der Zentrumsfraktion hervor. Sie schickte ihren Professor Müller vor, der weiter nichts gegen den Brief vorbringen konnte, als daß der betreffende Geißliche vor kurzem verstorben sei.

Der Kirchenaustritt in Baden.

Die kürzlich veröffentlichten Zahlen über den Kirchenaustritt in Berlin haben bereits gezeigt, daß gegen die Kirchflucht die Zugehörigkeit zur katholischen Konfession keinen besonderen Schutz bietet.

Von 100 Angehörigen der beiden christlichen Konfessionen kamen in Baden nach der Zählung von 1903 auf die katholische Konfession 61,05, auf die evangelische Konfession 38,95.

Table with 3 columns: Jahr, Kirchenaustritte, prozentual waren an den Austritten beteiligt. Rows for years 1899, 1909, 1912, 1913.

Einem Bevölkerungsanteil der Katholiken von 61,05 Prozent steht also ein um ganz wenige Prozent niedrigerer Anteil an den Kirchenaustritten gegenüber.

wähnt. Freilich hat Herr Ballin für seine auffallende Schweigsamkeit eine — allerdings sehr fadenhutinige — Entschuldigung. Er kann sich darauf berufen, daß die letzten entscheidenden Besprechungen in Wien erst im neuen Geschäftsjahre stattfanden.

Neue Gesetze vor dem Reichstag.

Die Beratung des Kolonialrats hat eine Unterbrechung erfahren, durch mehrere Gesetzentwürfe, die am Donnerstag im Plenum zur Verhandlung gelangten.

Dann wurde das Postschaffgesetz in dritter Lesung angenommen. Genosse Sudekum hob noch einmal die schweren Bedenken hervor, die unsere Fraktion schon bei der zweiten Lesung geäußert hatte.

Zuletzt wurde das Luftverkehrs-gesetz in erster Lesung behandelt. Ministerialdirektor Lewald empfahl dem Entwurf und erhoffte im übrigen eine Verständigung über einzelne bereits angelegene Bestimmungen.

Am Freitag wird die Duellinterpellation des Zentrums beraten. Die Beratung des Kolonialrats wird erst nächste Woche, und zwar am Donnerstag fortgesetzt werden.

der Absicht auf einen benutzlosartigen Zweck erstattet ist, sondern lediglich um einen experimentellen Beweis der allbekannten Tatsache, daß das Recht in Preußen-Deutschland mit verschiedenen Elen gemessen wird, und dieser Beweis ist glänzend gelungen.

Der Reichstag braucht allerdings keinen Staatsanwalt und keine Richter, um sich seine Ehre stücken zu lassen, und kein Mensch von freier Williger Bestimmung würde ernstlich wünschen, daß der General von Brocham seines unbedachten Schwages wegen ins Loch steige.

Ein diskreter Geschäftsbericht.

Einen Geschäftsbericht, wie er eigentlich nicht sein sollte, hat soeben die Verwaltung der Hamburg-Amerika-Linie veröffentlicht. Er zeichnet sich dadurch aus, daß die Ausbeutung der Fejerate über die einzelnen Geschäftsvorgänge des letzten Jahres im umgekehrten Verhältnis zu deren Bedeutung steht.

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen. (Nachdruck verboten.) 'Sie brauchen es nicht', sagte Eise. — 'Und hier — neh- glauben vielleicht doch nicht, wie dankbar ich Ihnen bin und wie mich Ihre Worte erquiden. Sie heute morgen habe ich in all dem Stürmer, der über uns herabgekommen, mich immer gefragt, wie Sie, Sie dabei empfanden; habe ich mich gefragt, diese Worte von Ihnen zu hören. Nun, da ich sie gehört, ist mir ja viel leichter ums Herz; wie wird — zwischen uns wenigstens — alles wieder werden, wie es war.' 'Das glauben Sie, glauben Sie wirklich?' fragte Rein-

nis keinen Gebrauch machen könne — es wäre dann unter einer Bedingung. Und — würde ich gesagt haben — diese Bedingung, Herr General, ist unmöglich. Ich habe bei jener unglücklichen Veranlassung und in den wiederholten vertraulichen Gesprächen, mit denen Sie mich vorher und nachher beehrt, voll auf Gelehrtheit gehabt, mich in Ihre Denken und Empfinden einzulassen; Sie haben es sogar nicht verachtet, mich in die Verhältnisse einzurichten, welche in Ihrer Familie obwalten, und so bin ich überzeugt, daß Sie nie aus freiem Herzen meine Bewertung um die Hand Ihrer Tochter verweigern werden, die — ich liebe.' 'Sie antwortete nicht, sie zeigte sich nicht, nur ihr Wissen hob und senkte sich ungestüm. 'Die ich geliebt habe', fuhr Reinhold mit vor Erregung alternder Stimme fort — 'ich darf sagen: vom ersten Moment, da ich sie erblüht; an die ich selbst gedacht habe zu jeder Stunde des Tages und wenn ich in der Nacht erwachete; deren Bild vor meiner Seele gestanden — hellen, reinen Glanzes, unübersehbar, wie der Nachbarn, und doch ich überzeugt bin, wie von meinem Leben, wie diese Liebe nur mit meinem Leben schwinden kann. — So würde ich zu Ihrem Vater sprechen haben.' 'Und dann', sagte Eise leise, 'dann wären Sie zu mir gekommen?' 'Ja', sagte Reinhold, 'dann würde ich zu Ihnen gekommen.' Ein heftiges Rot lag auf ihren Wangen; ihre Augen, die groß und fest auf ihm ruhten, glänzten durch Tränen, wie ihre Stimme jetzt vor ihm aufstiegen zu wollen schien und wieder in Klärung erlittete.

und die folgen werde bis ans Ende der Welt, wann immer Du mich ruffst — jetzt ruffst Du mich nicht und läßt mich hier bei meinem Vater, dessen Trost und Stütze ich in dieser Lebenszeit bin, bei meiner tante Marie, die sich an mich klammert in ihrer Herzensangst. Ach, da ist so viel des Leibes, das ich zum Teil nur ohne und das darum doch nicht weniger vorhanden ist und von dem ich weiß; es wird hereinbrechen, sobald ich den Rücken wende. Es kommt auch so viellecht, und ich kann es nicht hemmen; aber ich habe dann meine Pflicht getan — weißt Du, würde Dittling sagen.' 'Das alle, herzigste Mädchen glänzte in den braunen Augen, die zu ihm aufschauten: 'Wir müssen nur Geduld haben und Flug sein und uns sehr, sehr lieb haben — da muß sich ja alles finden; nicht wahr, Geliebter?' 'Der sich von Dir geliebt weiß', küßte Reinhold, 'der fürchtet auf der Welt nur eines: Deine Liebe nicht zu verlieren!' 'Dreizehntages Kapitel. Die Freunde warteten auf dem hell erleuchteten Balkon, der Aussicht des Zuges harand. Auf der Straße, welche sie hierher gebracht, war sehr schnell gefahren; der Zug wurde eben erst rangiert. Sie hatten noch beinahe eine halbe Stunde. 'Sie werden sich nicht in Eilmitteln aufhalten?' fragte Justus. 'Nur morgen', erwiderte Reinhold; 'das wird hoffentlich genügen, um mich dem Präsidenten und meinem nächsten Vorgesetzten, dem Kaiser, und den übrigen Herren vorzustellen und meine Anwesenheit in Empfang zu nehmen.' 'Ach, das, der Präsident ist hier', sagte Justus, — 'ichon seit vier Tagen; er soll ja den Hof in dem Vermittlungsrat der neuen Eisenbahn übernehmen; was hat das ja die famosesten Annehmlichkeiten gemacht.' 'So werden die Zeitungen, ich glaube es nicht', erwiderte Reinhold. 'Ein Roman, wie der Präsident, kann auf den Schwanz nicht eingehen; überdies, wenn es hier wäre, es hätte mich sicher zu sich kommen lassen.' 'Und übermorgen sind Sie auf Ihrem Posten und lassen sich den Kopf-Du um die Nase pfeifen, und warten in Ihre Leerkohlen hinein — ach, was sind Sie für ein glücklicher Mensch!' 'Justus fragte: Reinhold würde den Fremden an, der mit ntebergelagerten Augen trübselig neben ihm saß, und drückte in ein helles Gelächter aus. 'Sie haben gut lachen', sagte Justus, — 'mit fremden Schänen reich beladen, jetzt ja den heimischen Geliebten' — wie aber hier ist das? 'ein entlaufener Mann?' 'Nurfindigen Sie sich nicht, Justus!' (Fortsetzung folgt.)



**Polizei und Bildungsbestrebungen.**

Das königliche Schauspielhaus in Danzig, das die Stadt Danzig mit jährlich 10,000 Mark unterstützt, wurde im vorigen Jahre von dem Pächter und Direktor zum ersten Male auch der Arbeiterklasse zur Verfügung gegeben. In der Herbstzeit folgte dann Aufführung von „Kater Lampe“ überlassen. Im Herbst folgte dann Aufführung von „Minna von Barnhelm“. Dazu hängte der Bildungsausschuss den Besuchern die vorläufige Einführung von Mehreinnahme aus. Der Direktor hatte weiter anstehen eine Reihe von Vorstellungen unter Vorwänden, die den höheren Wirt deutlich verriet, unter allen Umständen ab. Der Bildungsausschuss wurde persönlich durch seinen Vorsitzenden und auch schriftlich beim Regierungspräsidenten wegen der weiteren Ueberlassung des Theaters vorstellend, doch vergeblich. Wohl mußte der Regierungspräsident die Bestrebungen des Bildungsausschusses als gute anerkennen, doch könne er, so sagte der Präsident, es nicht billigen, daß die Arbeiter auf diesen Bildungsausschuss angewiesen seien. Also das Theater bleibt für die Danziger Arbeiter geschlossen. In letzter Linie dürfte die Ursache hierfür in Mehreinnahme Einführung zu „Minna von Barnhelm“ zu suchen sein. Diese Ausspernung der Arbeiter aus dem Theater hat in bürokratischen Kreisen nicht den geringsten Widerspruch gefunden. Die Kritiker der bürgerlichen Presse schweigen dazu, wie auf der Tat erlappte Mischlinge.

Als Erlass veranlaßte der Bildungsausschuss am 8. März im Schützenhause einen Experimentavortrag, der auch in Schlesien bekannten Whiffers Stadthagen aus Charlottenburg. Auch bei diesem wissenschaftlichen Vortrage machte das Polizeipräsidium Schwierigkeiten. Es hatte große Bedenken hinsichtlich der „Feuergefährlichkeit“ des Apparates, und der Vortrag wurde vollständig überwacht. Weiter wurde die im Anschluß an den Vortrag geplante gefellige Unterhaltung politisch nicht genehmigt.

So bekämpft man in Preußen die Arbeiterschaft

**Ein zentralistischer Schacher.**

In Dortmund und haben die sozialdemokratischen Stadtverbände seit Jahren gefordert, daß den ärztlichen Vorkauern der Stadt, die zu den finanziellen Steuerfällen von 240 Mk. und 4 Mk. veranlagt sind, auch der kommunale Steuerzuschlag erlassen werden soll. Soweit über sozialdemokratische Anträge abgelehnt wurde, haben die Zentrumsstadtvorordneten dagegen gestimmt. In diesem Jahre erklärte nun der Oberbürgermeister Dr. Schöff, daß der Magistrat der Forderung zustimme, aber machte dem Zentrum, das wunderliche, gefühllos unbearbeitete Zugeständnis, daß der Erlass nur erfolgen könne, wenn die Kirchensteuern der Kirchensteuern auf den kommunalen Etat übernommen würden. Die Forderung der Sozialisten erregte natürlich großen Unwillen, zumal die katholischen Geistlichen in der Hauptstadt Agitatoren des Zentrums sind und die Uebernahme der Kirchensteuern auf den kommunalen Etat im letzten Grade nichts weiter wäre als ein Beitrag zu den städtischen Steuerfällen. Die Dissidenten, deren Zahl sich unheimlich mehrt, würden so auch gezwungen, in den Kirchenlasten beizutragen. Der kirchliche Apparat, der völlig im Dienste des Zentrums steht, ist in der letzten Zeit gewaltig ausgebaut worden. In den letzten vier Monaten wurden in Dortmund allein drei neue katholische Gemeinden (Warreien) begründet und bald jedes Jahr wird eine neue Kirche gebaut.

**Der Jagdausflug des Kronprinzen.**

Die Nationalliberalen haben, wie bereits vorer Woche mitgeteilt, die Anregung gegeben, zu der Kronprinzenreise nach Afrika aus Reichsmitteln 200,000 Mark zu bewilligen. Die Sache war so gedacht, daß die bürgerlichen Parteien sich auf einen Initiativantrag einigen sollten, um dem Kronprinzen die 200,000 Mk. als eine freiwillige Gabe des Reichstags überreichen zu können. Das Verwerfen der Nationalliberalen hat aber offenbar wenig Erfolg gehabt, denn jetzt verläutet, die Regierung werde dem Reichstag eine Vorlage zu geben lassen, in der 200,000 Mark Zuschuß zu den Reisekosten des Kronprinzen gefordert werden. Die Regierung sollte sich überlegen, ob sie dem Kronprinzen damit nicht einen regelrechten Vorenbrennen erweilen wird, denn es ist selbstverständlich, daß bei der Debatte die Person des Kronprinzen nicht aus dem Spiel gelassen werden kann. Denn für ihn wird ja das Geld verlangt. Der Kaiser hat seine Auslandsreisen stets aus seiner Tasche bezahlt und der Kronprinz ist so reich, daß nicht der mit beste Anlaß dazu vorliegt, ihm aus den Mitteln der Steuerzahler 200,000 Mk. zu bewilligen. Die Reise dient schließlich in der Hauptsache der Jagd, denn von einer Studienreise kann schon deshalb keine Rede sein, weil der Kronprinz dort eben nur das zu sehen bekommt, was ihm die Beamten zu zeigen für gut befinden. Aus diesem Grunde kann auch nicht etwa gesagt werden, daß die Reise des Kronprinzen im Interesse des Reiches gelegen wäre.

**Staatliche Beiträge für die Arbeitslosenversicherung in Bayern.** Die bayerische Abgeordnetenkammer hat das Regierungspostulat im Betrage von 78,000 Mark, das zur Förderung der gemeindlichen Arbeitslosenversicherung dienen soll, mit großer Mehrheit angenommen. Der weitere sozialdemokratische Antrag, 150,000 Mark zu bewilligen, wurde abgelehnt. Der Minister des Innern, Freiherr von Soden, bekräftigte das Regierungspostulat und erbat dringend um dessen Annahme, da es sich um einen sowohl volkswirtschaftlich, als sozialpolitisch bedeutungsvollen Versuch handle.

**Zimmer langsam voran.** In der Land-Verammlung des Herzogtums Braunschweig gab am Donnerstag Staatsminister Wolff zu der Frage der Abänderung des Landtagswahlrechts eine Erklärung ab, in der es heißt:

Es ist selbstverständlich, daß die herzogliche Landesregierung auch in ihrer jetzigen Zusammenlegung dieser wichtigen Materie besondere Aufmerksamkeit und Sorgfalt zuwenden. Die Regierung kann aber zurzeit nicht mit Vorlagen an die Landesversammlung herantreten, und zwar einmal, weil wegen der wesentlichen Veränderung der Faktoren die Regierung in eine ganz besonders sorgfältige Prüfung der Sachlage und Rechtslage eintreten müsse, dann aber sei die Regelung dazu auch nicht in der Lage, weil die statistischen Erhebungen zur Erlangung der von der Landesversammlung gewünschten Unterlagen noch nicht abgeschlossen seien. Unter diesen Umständen müsse man sich gebulden, bis die Erhebungen vorliegen. Der Minister fügte hinzu, er könne nicht im Voraus stellen, daß dies noch in dieser Tagung möglich sein wird.

Mit den Rechten muß sich das Volk immer gedulden, mit den Steuern ochts schneller!

**Ausweisungen in Schleswig-Holstein.** In den letzten zwei Wochen wurden nach einer bürgerlichen Meldung im Kreis Sadersleben sieben junge Dienstmädchen ausgewiesen, deren Vergehen darin bestand, daß sie in dänische Verkaufsmaschinen gegangen waren oder an dänischen Festlichkeiten teilgenommen haben. Der Rådherren macht sich wieder bemerkbar!

**Wiederannahme des Disziplinarverfahrens.** Die 23. Kommission des Reichstags beendete die zweite Sitzung des Entwurfs über die Wiederannahme eines Disziplinarverfahrens und nahm den Entwurf mit geringen Abänderungen nach den Beschlüssen der ersten Sitzung an. Aufweiterarbeiten blieb auch der Beschluß

der ersten Sitzung, der den Beamten das Recht gibt, Eintragungen für sie unanfechtbar vorzunehmen in die Personalakten einzuführen. **Zur Nachfolgerwahl Kopp.** Wie der Telegraphen-Union von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, kommt als aussichtsreichster und der Regierung genehmer Kandidat für die Nachfolgerwahl des Fürstbischöflichen Kopp der derzeitige Bischof von Trier, Dr. Schulte, in Betracht. Dr. Schulte ist im 42. Lebensjahre und ist unter den deutschen Kirchenfürsten der jüngste.

**Ausland.**

**Der Revolutionsgeneral als sozialistischer Organisator.**

In einem Briefe an den „Peuple“ gibt Pedro de Lara ein Bild von dem mexikanischen Revolutionsgeneral Villa, das von der sonstigen Wertung dieses als eigenständiger Bandit dargestellten Staatsmannes weit abweicht. Er betont, daß in der revolutionären Bewegung verschiedene, einander widerstrebende Richtungen beteiligt sind: die des Mittelstandes, des verblassenden Kapitalismus, der nichts als Herstellung einer geselligen Ordnung, als Grundlage seiner wirtschaftlichen Entfaltung verlangt — die des armen, geschichteten Volkes, in dem die Erinnerung an die kommunistische Ordnung früherer Zeiten, vor der spanischen Eroberung, fortlebt, und das zu solchen Zuständen zurückkehren möchte —, schließlich die aufkommende moderne Arbeiterklasse, die im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus nach der Anbahnung genossenschaftlicher Produktion strebt. Eine Partei, die aus so verschiedenen Elementen zusammengesetzt ist, kann Siege auf negativer Grundlage erringen, ist aber unfähig zu einem selbständigen Werke auf dauernder Grundlage. Darum haben wir in Mexiko die triumphierende Revolution und einen Haufen kleiner Revolutionen, in deren Verlauf Fortschritt und Reaktion abwechseln. Der General Villa wirkt dabei ganz in sozialistischer Richtung. Er hat eine Revolutionsarmee geschaffen, die an Ausrichtung und Disziplin alle früheren weit übertrifft und deren Mitglieder jener des Regierungsheeres überlegen ist. Er aber selbst ist als Organisator auf wirtschaftlichem Gebiete. Werthvoll ist dabei seine völlige Ehrlichkeit. Streng gerecht und seinem Worte treu, benutzt er seine Macht als Mitbestimmter des nördlichen Mexiko nicht zu seiner Bereicherung, sondern zu Reformen im Gesamtinteresse und im Sinne des Sozialismus. Dieser Mann, den man als Räuber hinstellt, läßt Soldaten, die plündern, erschließen. Aber er bemerkt seine Stellung, um den Boden (der dort in den Händen weniger Großgrundbesitzer liegt), Eisenbahnen und Fabriken mit Beschlag zu legen und sie auf demokratischer Grundlage als öffentliche Betriebe zu organisieren. Als er Chihuahua, die Hauptstadt des gleichnamigen Bundesstaates mit etwa 40,000 Einwohnern, einnahm, fand er die Bevölkerung in trauriger Verfassung, da infolge der Schließung von Fabriken und Magazinen Arbeitslosigkeit und Mangel an Nahrung herrschte. Er erklärte alle diese Betriebe für Volkseigentum und schickte sie mit Hilfe der Techniker und Arbeiter in Betrieb. Die Löhne wurden erhöht, die Arbeitszeit verkürzt, und alles läuft besser als bei dem früheren Privatbetrieb. Dann beschlagnahmte er über 300 Kilometer Eisenbahn und ließ sie als Staatsbahn arbeiten, konsolidierte die Bank von Sonora und machte daraus die erste Staatsbank. — Aus Gold und Silber der Staatsbergwerke ließ er neue Münzen schlagen. Seine Ehrlichkeit ist beispielhaft. Niemand hat ihn beschuldigt, sich auf Kosten der Gemeinschaft zu bereichern. Die mexikanische Revolution, namentlich die proletarische Faktion ist ihm aus tiefem Grunde.

Da die Regierung der Vereinigten Staaten der Revolution, durch Aufhebung des Waffenaustrahverbotes, gewissermaßen als kriegsführende Macht anerkannt sympathisch gegenübersteht, ist der Erfolg der Bewegung, zum mindesten für die fortschrittlicheren Nordstaaten, um so wahrscheinlicher — trotz der umfangreichen Salzung Englands, das mit Rücksicht auf die für seine Flotte wichtigen Petroleumkonzeptionen sich hinter Puerto stellt. Trotzdem darf wohl stark bezweifelt werden, daß der sozialistischen Reformen des Vorkämpfers Villa dauerndes Tafel bescheiden sein wird. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die geistige seiner Volksmasse ist noch allzu rückständig, um derartige durchgreifenden Maßnahmen mehr als vorübergehenden Erfolg zu sichern. Zumal als treibende Kräfte hinter den revolutionären wie den reaktionären Reaktionen die Riesenkapitalmächte des Auslandes stehen, die ganz andere Ziele verfolgen als den Übergang zum modernen Sozialismus oder die Wiederherstellung lange zurückgefallener kommunistischer Wirtschaftsformen. Immerhin zeigen aber diese Vorgänge, wie stark heute schon die Wirkung sozialistischer Ideen selbst in einem in jeder Hinsicht so unentwickelten Lande wie Mexiko zur Geltung kommt. Für die Festigung der allmählich wachsenden proletarischen Bewegung im Lande werden diese, vornehmlich wohl nur vorübergehenden Vertiefungsversuche nicht bedeutungslos bleiben.

**Eine Proklamation des Fürsten von Albanien.** Der Fürst von Albanien erließ folgende Proklamation:

Albaner! Deute tritt das freie und unabhängige Albanien in eine neue Geschichtsära ein. Das Geschick des Vaterlandes ist von jetzt ab dem König, der Weisheit der Regierung und den vaterländischen Tugenden anvertraut. Der vor uns liegende Weg ist lang und dornenroth, aber kein Hindernis ist unüberwindlich für ein Volk, das auf berühmte Traditionen zurückblickt und das wie wir den festen Willen zur Arbeit und zum Fortschritt hat. Unsere Pflicht und diejenige unserer Nachfolger wird es immer sein, die Wohlthat der Nation mit allen Kräften anzustreben. Von diesem G. f. h. befiehlt haben wir aus Euren Händen die albanische Krone übernommen. Albaner! Im Augenblicke der Thronbesteigung erwarten wir, daß Ihr Euch alle um Euren König schart und mit uns an der Erfüllung der nationalen Bestrebungen arbeitet. Wilhelm.

Das Amt ja ordentlich modern. Vom Herrschertitel scheint Wilhelm ziemlich wenig zu halten, Ober kommt das nur davon, daß er in der Religion der Albaner noch nicht recht Befcheid weiß?

**Fortsetzung der schlesischen Debatte.** Die Lage des Parlaments in Österreich ist die gleiche geblieben. Die schlesischen Radikalen lehnen ihre Opposition fort, jedoch schließlich Präsident Dr. Skloster den Senatoren-Konvent einzuberufen mußte, in welchem darüber beraten werden soll, ob doch noch ein Ausweg gefunden werden kann, um eine Vertagung oder Auflösung des Abgeordnetenhauses hinauszuhalten.

**Der Franzosentag in Paris** verlief imposant. Der „Soal der Gelehrten“ war überfüllt. Es wurden Zustimmungsbriefe des Genossen K. r. d. e. von der englischen Arbeiterpartei und der Genossin Clara Zetkin verlesen. Für die spanischen Genossinnen sprach Genosse Jabra Ribas. Die Versammlung nahm zum Schluß eine Resolution an, in der gegen die Verurteilung der Genossin Luxemburg protestiert wird.

**Die Strafe für die Bonener Bankrott.** O. Monas's Gefängnis. Die Suffragette Mary Richardson wurde gestern wegen Beschädigung der Venus des Belasques in der Nationalgalerie zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

**Die Neuwahlen in Schweden.** Der Termin für die schwedischen Wahlen ist nun festgesetzt. Am 27. März wird in Stockholm, am 29. März in Umeå, am 3. April in Västerås und im übrigen Lande am 4. und 5. April gewählt. Die offiziellen Wahlergebnisse werden erst zwischen dem 17. und 20. April bekanntgegeben werden.

**Parteiangelegenheiten.**

**Zum Denkmalanspruch in Charlottenburg** geht uns folgende Erklärung zu: Das Kaiser-Friedrich-Denkmal in Charlottenburg ist dadurch beschädigt worden, daß die Worte „Mein Boche“ in Unkenntnis angebracht worden sind. Die Verleumdung, die Handlung der Sozialdemokratie zuzuschreiben, weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück. Es ist selbstverständlich, daß die sozialdemokratische Partei eine derartige Handlungsweise verurteilt. Gemisse Umstände legen den Verdacht nahe, daß man es mit der verächtlichen Tat eines Spitzels oder eines fanatischen Gegners unserer Partei zu tun hat.

Der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgebend. J. M.: Eugen Ernst.

**Gewerkschaftliches.**

**Die Angestelltenverbände in Deutschland**

haben das Jahr 1918 auch nicht alle ohne Mitgliederverlust überstanden. Es befaßen Mitglieder:

Name des Verbandes	am 31. Dez. 1918	am 31. Dez. 1917
Deutsch-nationaler Handlungsgehilfenverband	123 092	127 156
Verband deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig	80 246	82 960
Verein für Handlungsgehilfen von 1868	9 612	100 500
Verband kathol. Kaufmann. Vereine Deutschl.	23 507	20 524
Verein der deutschen Kaufleute	19 974	20 841
Kaufmann. Verband d. Handlungsgehilfen	18 489	24 809
Kaufmann. Verband für weibliche Angestellte	32 751	34 116
Verband der Bureauangestellten Deutschlands	7 652	8 339
Verband deutscher Bureauangestellten, Leipzig	5 043	5 302
Deutscher Technikerverband	27 721	27 914
Verband der technisch-industriellen Beamten	22 140	23 386
Deutscher Werkmeisterverband	59 301	62 198
Verband der Kunstgewerbezeichner	2 222	2 043

Die Aufstellung zeigt, daß die unzureichende wirtschaftliche Lage ihren nachteiligen Einfluß auch auf die Entwicklung mancher Angestelltenorganisationen geltend gemacht hat. So ist das Zurückgehen der Mitgliederziffern des Verbandes der Kunstgewerbezeichner lediglich auf die schwere Krise in diesem Berufsbezirk zurückzuführen.

Erreichterweise sind die freien Verbände nicht zurückgegangen, sondern sie können sogar noch einen kleinen Mitgliedererwerb aufweisen.

**Streit in der Göttinger Möbelfabrik.**

Seit Mittwoch früh streiken in der Möbelfabrik (Inhaber Paul Neger) die dort beschäftigten Tischler, Beizler, Polierer und Maschinenarbeiter, weil der Unternehmer den bestehenden Tarif verleiht. Mit der Firma Neger ist im vergangenen Frühjahr ein Tarifvertrag abgeschlossen worden und zwar desselben Inhalts wie der Vertrag, der mit den dem Unternehmerverband angehörenden Betrieben geschlossen wurde. Nach diesem Tarif ist jetzt am 1. März eine Lohnzulage von 2 Pfg. fällig geworden. Die au enblicklich nicht gerade günstige Konjunktur glaubte Herr Neger benutzen zu können, um sich über den durch seine Unterschrift anerkannten Vertrag hinwegzusetzen. Von 54 Arbeitern sollen nur 33 die vertragsmäßige Zulage bekommen. Da wiederholtes Verhandeln des Fabrikarbeitsausschusses sowie der Organisationsleitung mit Herrn Neger resultatlos verlief, blieb für die Arbeiter nichts weiter zu tun übrig, als die Arbeit einzustellen.

Zu Zug von Tischlern, Beizern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Götting ist streng fernzuhalten.

**Deutsches Reich und Ausland.**

**Die Ausspernung in der Solinger Waffenindustrie.** Einige der Firmen, mit denen die Differenzen bestehen, beschäftigen neben den Waffenarbeitern auch noch Arbeiter, die Schneidwaren herstellen, Messer, Haarschneidemaschinen. Diese Arbeiter sind bisher von der Ausspernung nicht betroffen, sie sind auch nicht gekündigt. Die Fabrikanten verlangen jetzt von ihnen, daß sie an der Herstellung von Waffen mithelfen sollen. Die Arbeiter weigern sich natürlich die von den Waffenarbeitern liegend gelassene Arbeit zu verrichten. Die Fabrikanten gehen aber rücksichtslos vor und kündigen jeden, der sich weigert, an den Waffen zu arbeiten.

Danach wird sich die Ausspernung auch auf die Branchen ausdehnen, die bisher mit der Fabrikation von Waffen nichts zu tun hatten.

**Ein Bäckerstreik in Frankreich?** Der im vorigen Jahre ausgebrochene und wieder beigelegte Bäckerstreik droht sich zu erneuern. Die Bäcker von Paris und des Seine-Departements verlangen den Fortfall der Nachtarbeit, ferner wünschen sie eine Verringerung der bisherigen wöchentlichen Ruhezeit und eine Lohnerhöhung. Es haben bereits Versammlungen stattgefunden, in denen diese Forderungen aufgestellt wurden. Sollten sie nicht bewilligt werden, so sind die Bäcker entschlossen, erneut in den Streik zu treten.

Als allseitigstes Waschmittel ist

**Minlosches Waschpulver**



Minlosches Waschpulver

18578

Nur echt mit dieser Schutzmarke  
soll langsam geschüttet und gerührt  
Preis: 25 Pfennige das Ein-Pfund-Paket  
Zu haben in allen Drogerien, Kolonialwaren- u. Selbstgeschäften.



# „Zur grossen Fabrik“

Breslau **Stefan Esders** Ohlauerstr. 12/13.

**Spezial-Bekleidungshaus grössten Stils für Damen, Herren und Kinder**

Grösste Leistungsfähigkeit durch gemeinsamen Einkauf für meine Häuser  
 in Wien, Berlin, Paris, Brüssel, Rotterdam und St. Petersburg.

**Sonnabend, den 14. März cr.**

# Eröffnung des Erweiterungsbaues

**Sämtliche Läger meines Verkaufshauses sind reich sortiert mit den letzten Neuheiten für Frühjahr und Sommer.**

Mein Geschäftsprinzip  
 ist **reelle und gute Bedienung**, zu streng festen, **billigsten Preisen.**

**Zur Konfirmation**  
 kauft man die elegantesten und haltbarsten **Schuhwaren** in denkbar grösster Auswahl zu sehr soliden Preisen bei  
**Robert Kretschmer**, 14459  
 Schuhmachermeister,  
 Friedrich-Wilhelmstrasse 52, gegenüber der Friedrich-Strasse.

**Zur Konfirmation!**  
**Uhren, Ketten, Ringe,**  
 Broschen, Ohrringe etc. 14465  
 nur gutes Fabrikat zu billigen Preisen.  
**Max Frenzel, 39** Friedrich-Wilhelmstr. **39**

**Konfirmanden- Anzüge und Kleider. :**  
 Aufertigung feiner Herrengarderoben  
**V. Liefert, Schneiderstr.,** Blücherstr. 21, Elag. Olesenerstr.  
 Lager fertiger Herren- und Knaben-Garderoben. 14161  
**Berufskleidung** für alle Gewerke und Industriezweige, Prima Qualität, beste Arbeit.

**Zur Konfirmation!**  
 Alle Arten  
**Trikotagen :: Jacken**  
**Strümpfe :: Handschuhe**  
 zu besonders billigen Preisen empfiehlt  
**L. Neumann jun. Nachfg.**  
 Reuschesstrasse 63. 14972

**Tüchtige Hausdame**  
 sorgt für Sauberkeit und kauft dazu notwendige Bürsten, Seifen, Scherentücher, Teppichsauger etc. bei  
**London & Co.,** Dierich 5, 2. Stock von hier. 15322

**Paul Kasowsky, Hutmachermstr.**  
 Weibgasse 38-40. 13595  
**Filzhüte, Zylinderhüte, Filzwaren, Mützen**  
 in bekannt guter Qualität zu billigen Preisen.



**Karsunky & Co.**  
 ist die einzig  
**richtige Bezugsquelle**  
 für **MÖBEL**  
 Herren-, Damen-Garderobe  
 Kinderwagen, Teppiche, Gardinen  
 sowie Waren aller Art  
 auf **Abzahlung.**  
 Käufer bestimmt An- und  
 Abzahlung selbst.  
**Waren- und Möbel-Haus**  
**Karsunky & Co.**  
 Breslau, Rosenhalestr. 2  
 Filialen: Waldenburg u. Kottbus.  
 Möbelkatalog gratis.

Ein gewaltiger Posten **Herrenhüte**  
**Muster** Wert bis 5.50 Mk.  
 15746  
**1.95** Mk.  
 durchweg  
**H. Schönfeld**  
**Schmiedebrücke 17/18**  
 Ecke Kupferschmiedestrasse  
 und Filiale **Schrauerstr. 45.**

**Ein kleines Vermögen**  
 sparen Sie durch Tragen von  
**Zuliner-Dauerwäsche**  
 Nur der Stempel **Zuliner** in jedem **Ecktheit**,  
 Wäschestück bürgt für **Echtheit**.



Kragen, Manschetten  
 Vorhemden, Krawatten  
 weiß u. bunt in reicher  
 Auswahl am Lager bei  
**R. Schinke, Breslau**  
 Schmiedebrücke 21, Ohlauerstr. 60  
 am Christophori-Platz.  
 Liegnitz, Burgstrasse.  
 Achten Sie genau auf die Firma!  
 Fordern Sie Preisliste.  
**Konfirmanden - Wäsche**  
 Grosse Auswahl! Billige Preise!

**Zur Konfirmation**  
**Kompl. Anzüge** von **6 bis 25** Mk.  
 in nur reellen haltbaren Qualitäten  
**Eduard Freund**  
**Reuschesstr. 52.** 15742



## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 13. März

### Vier öffentliche Versammlungen,

Die Montag, den 16. März, abends 8 Uhr abgehalten werden, sollen den Abschluß der roten Woche bilden. Diese Versammlungen tagen in den folgenden Lokalen: „Gewerkschaftshaus“, Margaretenstraße 17, „Deutscher Kronprinz“, Westendstraße 50/52, „Ballhof“, Schiefwerderplatz 12, „Wilhelmsburg“, Neudorfstraße 51. Die Tagesordnung in allen Versammlungen lautet:

### Die Sozialdemokraten, was sie sind und was sie wollen.

Redner sind die Genossen Eberle aus Görlitz, Börsing aus Beuthen OS., Schönwälder aus Langenbielau und Schiller aus Waldenburg.

Genossen und Genossinnen, sorgt für guten Besuch dieser Versammlungen. Besonders willkommen sind die in der roten Woche neu gewonnenen Parteimitglieder.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Mit einer gemeinschaftlichen Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten, in welcher die Stadträte Marsch, Pirke und Jünger, sowie die Stadtverordneten Wiener und Mieschowsky in die Kommission zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen gewählt wurden, begann gestern die Tätigkeit unserer kommunalen Körperschaften. Sodann widmete der große Vorsteher, der schon Hunderten von Kollegen die letzten Abschiedsworte gesprochen, dem verstorbenen Stadtrat Brühlung einen Nachruf. Der Verstorbene hat der Versammlung 1 Jahre, dem Magistratskollegium fast 20 Jahre angehört und sich dabei rege und jederzeit zugänglich betätigt.

Die Beratung der Stadtverordneten selbst war vorzüglich den Einzelgats gewidmet und zerplitterte sich demgemäß in viele Einzelheiten. Besonders dankbar wird immer die Gelegenheit bemerkt, sich über höhere Schulfragen zu äußern, eine Anregung des Stadtv. Jünger, die Viktoria-Vorschule mit Parallelklassen auszustatten, aufzufelle deshalb eine nicht sehr ertragreiche, aber umfangreiche Debatte. Der Kammerer warnte vor solcher Projektion, denn 8 Schüler in den Gymnasien haben der Stadt durch einen ähnlichen Teilungsbeschluss 15.000 Mk. gekostet, und Stadtv. Löbe meinte, es könne den höheren Töchtern durchaus nichts schaden, wenn sie ein paar Jahre in die Volksschule gehen müssen. Der Herr Kammerer gab auch dem Stadtv. Bujalowsky ein drauf, weil dieser, zum daß seine Sparsamkeitsreden verflungen sind, ein Schulgrundstück für eine Mittelschule denützen will, das nach allgemeiner Ansicht bequem für zwei Schulen reicht. Für das Aufführen solcher Doppelrollen — bald sparsam, bald verschwenderisch — sagte Genosse Löbe dem Herrn verb die Wahrheit.

Schuldebatten lebten wieder auf, als Stadtv. Wohlaner in kindiger Rede über den Volksschulhaushalt referierte und die Frage der Schulsysteme dabei mit zur Sprache brachte. Merkwürdigerweise kehrte sich der liberale Stadtv. Wolff gegen die „überreife“ Einführung des Mannheimer Schulsystems, das den begabten Schülern eine bessere Förderung zuteil werden lassen will, als es jetzt geschieht. Zustimmung konnte man dagegen dem Redner in seinen Bemerkungen über die geringe Anzahl der Schülerwanderungen und über den geplanten Abschlußanfang. Stadtv. Genosse Wiener polemisierte gegen die Forderung des Fortschrittlers in Bezug auf Mannheimer System, erklärte sich für den Stufenweisanfang (mit Ausnahme der ersten Jahrgänge) und wünschte Wiederherstellung der Position, betreffend Errichtung von Umkleibecken auf der Jahnwiese. Eine Belodung des „frischen Zugs“, der jetzt in unserer Schulverwaltung herrsche und eine Bemerkung des Stadtschulrats, daß wir allerdings hinter anderen Städten in Schuldingen um 10 Jahre zurückstehen, sagte Bürgermeister Trentin als Vorwurf gegen die früheren Vertreter dieses Amtes auf, und nahm sie in Schutz. Stadtschulrat Haas erklärte, daß ihm ein solcher Vorwurf ferngelegen habe. — Die Umkleibecken für spielende Kinder und Turner, die 5000 Mark kosten sollten, lehnt die Versammlung mit knapper Mehrheit ab.

Dieselben Herren, denen diese 5000 Mark zu viel waren, bewilligten aber ohne Widerspruch 25.000 Mark Zuschuß für eine Fliegerberanstaltung, die ganze drei Tage dauern soll. Genosse Löbe wies darauf hin, daß es hieße, das Geld der Stadt direkt zum Fenster hinauswerfen, wenn man für solche Zwecke Riesensummen bewilligt, aber es hat alles nichts — dafür ist immer Geld da.

Der Straßenbeleuchtungs- und der Pflasterungssetat zeitigten die üblichen Wünsche nach Verbesserungen in den einzelnen Stadtteilen. Stadtv. Ziegler beklagte dabei das zu frühe Löschen der Laternen in den Morgenstunden in den vielbenutzten Vorstadtsstraßen. Stadtv. Wiener befürwortete seinen Antrag, 20.000 Mark für die bessere Beleuchtung der Gräbnerstraße in den Etat einzustellen, wie das der Ausschuß schon getan hat. Die Versammlung stimmte dem zu, alle übrigen Wünsche aus den Stadtvierteln rings im Kreis blieben zunächst platonisch. Beim Pflasterungssetat verlangte Stadtv. Löbe, daß der Beginn der Arbeiten nicht jedes Jahr bis zum 1. April hinausgeschoben werden möchte, weil bis dahin Sommer und Arbeiter nicht zu haben und im Sommer häufig Bemähdungen und Ueberflunderarbeit Magneit, Stadtbaurat Scholz erhob technische Bürgermeister Trentin formale Bedenken.

Eine ganze Anzahl von Stats und einige andere Vorlagen kamen noch zur Erledigung. Die Wünsche der Markstarbeiter zu verhandeln, erübrigte sich, weil in der gestrigen Sitzung Stadtv. Schöllich als Mitglied der Markstarbeiterdeputation gewählt wurde und dort seine Beschwerden vorlegen kann, ebenso sah man von einer Erörterung der vielen Klagen der Feuerwehrlente ab — Rechten der Straße, 24-Stundenlicht etc., weil die Deputation sich damit aufs neue beschäftigen will. Die Statsberatung dürfte auch in den kommenden Sitzungen viel Zeit beanspruchen, denn die Frage der Streckarten und vieles andere steht noch aus.



### Genossen, vergeht nicht die Hausagitation am Sonntag!

Wir werben für die „Volkswacht“ und den sozialdemokratischen Verein.

Seid pünktlich in den Distriktslokalen.



### St. Markensflug.

Für den St. Markensflug wollte der Magistrat im Juni 1914 dem Schiffschiff Verein für Luftfahrt 30.000 Mark als Beihilfe bewilligt sehen. Der Finanzausschuss empfiehlt 25.000 Mark zu geben. Der Berichterstatter Stadtv. Wolf (lib.) spricht für Annahme des Ausschussgutachtens.

Stadtv. Löbe: Wir haben bisher den Anträgen des Magistrats zur Förderung der Luftfahrt meist zustimmen können, eine Summe von 25.000 bis 30.000 Mark ist uns doch ein wenig zu happig. Sonst wird Sparanleihe an allen Ecken und Enden geübt, es wäre doch erwünscht, daß jemand die Herabsetzung der Summe auf die Hälfte beantrage, mehr kann gegenüber der Bürgerschaft wirklich nicht verantwortet werden.

Überbürgermeister Witting: Das der Zweck, für den das Geld verlangt wird, fragwürdig ist, das wird wohl außer Herrn Löbe keiner der Herren annehmen, der sonst keine Anregung als Antrag aufnehmen würde. Die meisten hat der Verein sicherlich so genau bemerkt, daß die 25.000 Mark keine übertriebene Forderung sind.

Stadtv. Meide (kon.) erücht auch, die 25.000 Mark zu bewilligen, denn mittelbare und unmittelbare Vorteile, auch strategische (Heiterkeit) hat die Stadt Breslau ganz zweifellos von diesem St. Markensflug.

Stadtv. Leh (lib.) hat mit Rücksicht auf die Finanzlage einen Betrag von 20.000 Mark angemessen.

Stadtv. Löbe (Soz.): Ich lerne hier zum ersten Male Herrn Meide als sehr freigebig kennen. Die Freunde der Luftschiffahrt sind doch solche potente Herren, daß sie selber sich helfen können. Wir haben zwei Jahre gehandelt, ehe wir ein paar Tausend Mark mehr für das Frühlühl an hungernde Schulinder herauszugeben, und so geht es oft auch in anderen Dingen. Hier soll eine freier Hand das Besondere bewilligt werden. Herr Kollege Witting hat sich ja in ein Verdienst dadurch erworben, daß er bei Renten alle unzulässigen Ausgaben zu vermeiden versucht. Hier wird das Geld weggegeben. Nachdem Grundjahr des Magistrats „Wer viel braucht, soll viel haben“, den der Überbürgermeister aufgestellt, können wir ja noch weit kommen. Anfänglich sind die Herren selbst über die Höhe der Summe unwillig gewesen, jetzt sind sie gleich Herrn Wolff darüber umgefallen.

Stadtv. Wolff (lib.) verteidigt nochmals den Auszubantrag. Die Herren von der Luftschiffahrt seien nicht alles potente Leute; es zählen dazu auch Leute aus dem Mittelstande. Für das wirtschaftliche Leben von Breslau sei doch der St. Markensflug viel einflureicher, als Herr Löbe annimmt.

Es werden 25.000 Mark bewilligt.

### Neubau der Hundsfelder- und Moienthaler-Brücke.

Der Magistrat übersendet der Stadtverordneten-Versammlung Zeichnungen und Kostenschätzungen über den Neubau der Hundsfelder- und Moienthaler-Brücke. Der Berichterstatter Stadtv. Müller (lib.) empfiehlt, nach dem Gutachten des Bauausschusses 60.000 Mark in den Ausgaben zu freieren.

Stadtbaurat von Scholz verteidigt die Magistratsvorlage. Die Kosten sind genau festgestellt worden, so daß es unangebracht ist, etwas zu freieren.

Der Berichterstatter spricht nochmals für den Auszubantrag der angenommen wird.

### Volksschulwesen.

Der Berichterstatter Stadtv. Wohlaner (lib.) hebt hervor, daß mehr als sechs Millionen Mark für die Volksschulen auszugeben werden. Man ist in den letzten Jahren bemüht gewesen, die Schülerzahlen in den einzelnen Klassen herabzusetzen. Man sind die besonderen Stunden für die Schwerhörigen. Das Geld für die Schuljahrklinik hat der Etat-Ausschuß stehen lassen; für die Schülerbüchereien wurden 5.000 Mark mehr eingelegt, was gewiß empfehlenswert ist. In den großen Schulsystemen sehe ich eine große Gefahr; je mehr Schüler ein Rektor zu übersehen hat, umso weniger kann er leisten. Das Wichtigste ist im übrigen, die Schüler in den Hauptfächern recht fest zu machen und nicht bei der Verlesung die einen Kenntnisse gegen die anderen aufzurechnen. Für die Förderklassen bin ich gern und wir werden darüber noch später zu reden haben.

Der zweite Berichterstatter Stadtv. Müller (lib.) spricht über die Bauarbeiten an den Volksschulen und empfiehlt, ihnen zuzustimmen.

Stadtschulrat Haas: Ich bin kein Freund der großen Schulsysteme, aber 14, 15 Klassen kann ein Lehrer, das weiß ich aus eigener Erfahrung, sehr wohl übersehen. Es kommt hauptsächlich auf den Rektor an, nicht auf das Schulsystem. Herr Wohlaner hat die Verlesung getadelt; wir sagen gewiß mit Recht, wenn ein Schüler in dem einen Fache mehr, im anderen etwas weniger leistet, so muß er trotzdem versetzt werden. Ich weiß nicht, warum dieser Grundjahr nur für die höheren Schulen gelten soll.

Stadtv. Wolff (lib.): Meulich wurde gesagt, wir sollen in Breslau auch das Mannheimer Schulsystem erhalten. Ich glaube, so lange wir in Breslau sehen, daß viele Kinder das Schulziel nicht erreichen, können wir nicht ohne weiteres die Volksschule noch weiter ausbauen. Besonders die Begabungsklassen nach dem Mannheimer System erscheinen mir als eine gefährliche Konkurrenz für die gut ausgebauten Mittelschulen. Mir scheint es auch, daß durch die großen Schulsysteme der Rektor mehr und mehr zum Verwaltungsberater wird. Mit Bedauern ersehe ich aus dem Schulbericht, daß nur 22 Schulen die Schulwanderungen pflegen. Es heißt, daß die Lehrer die Hauptpflicht fürchten. Dann wird so viel vom Sparen in den Volksschulen gesprochen. Ich kann mir gar nicht denken, daß so viel gespart wird. Anscheinend geben besser gestellte Eltern das Geld, womit dann die Kinder prohen, oder die Kinder werden mehr noch als bisher zur Erwerbsarbeit herangezogen, wobei schließlich die Eltern kommen. Hier wäre es angebracht, ähnlich wie anderwärts, auf die Erwerbsarbeit der Kinder zu achten. Der Schulbeginn um 8 Uhr vormittags sollte nicht eingeführt werden, denn er ist völlig verfehlt. Die Eltern sind froh, daß ihre Kinder möglichst spät ankommen. Ich bitte den Herrn Stadtschulrat, dafür zu sorgen, daß der Abschlußanfang nicht eingeführt wird.

Stadtv. Heibrich II (lib.) verlangt höhere Funktionszulage für die Schulbiener.

Stadtv. Wohlaner (lib.) wendet sich gegen den Stadtschulrat und bleibt dabei, daß die Verlesungsgrundzüge in der Volksschule nicht die rechten sind. Der Abschlußanfang ist für die Kinder geradezu schädlich; sie werden zum Teil auf die Straße gejagt. Es ist viel besser, sie kommen jetzt in die Schule und damit in eine andere Umgebung.

Stadtv. Wiener (Soz.): Ich bitte Sie, nicht dafür zu stimmen, daß die Mittel abgesetzt werden, die für zwei Turnzelle im Gubenpark eingesetzt wurden. Einzigiger Grund für das Absetzen kann nicht geführt werden. Soweit es sich handelt um das Streichen von 100.000 Mark für Schulbauten, bin ich der Meinung, daß darunter die übrigen Schulbauten nicht leiden werden. Den Schulanfang um 8 Uhr empfinde ich auch nicht; im Gegenteil ist meine Ansicht auch die, daß die Kinder zeitig aus dem Hause heraus müssen; sie kommen dann mittags früher heim. Das Mannheimer System ist etwas sehr Wertvolles für die Volksschulen und durchaus empfehlenswert. Es führt geradezu automatisch dazu, daß wir im Volksschulwesen vorwärts kommen.

Stadtschulrat Haas: Herr Wolff meint, wir sollten uns mit dem Mannheimer System nicht überstürzen. Nun, mir geht es viel zu langsam, denn wir sind in Breslau gegen andere Orte um zehn Jahre zurück. (Sehr richtig.) Ehe wir das Mannheimer System erhalten, wird noch viel Wasser die Ober hinunterfließen. Wir haben jedenfalls viel nachzuholen. Die Verlesungsergebnisse sind in den letzten Jahren erheblich besser geworden, was ich in erster Reihe der Verringerung der Schüler in den einzelnen Klassen zuschreibe. Das Mannheimer System teilt die Schüler nach der Begabung ein. Ich hoffe, daß wir einmal auch dazu kommen. Vom Abschlußanfang sagt man, die ärmere Bevölkerung werde dadurch geschädigt. Unsere Begründung für den Abschlußanfang ist, die Kinder sollen sich ausruhen. Im Hochsommer können die Kinder nicht um 6 oder 7 Uhr schlafen gehen; sie müssen aber 11, 12 Stunden schlafen, weshalb der Abschlußanfang angebracht ist. Die größeren Kinder können nach meiner Meinung um 7 Uhr anfangen, aber die Kleineren sind dagegen. Die Ausschaffung der Turnzelle, von denen Herr Wiener sprach, möchte ich sehr unterstützen.

Stadtv. Köpflig (lib.) tritt auch dafür ein, die beiden Turnzelle zu bewilligen.

Stadtv. Wolff (lib.): Es ist mir nicht eingefallen, vor dem Mannheimer System zu warnen, ich trat nur gegen eine Ueberstürzung auf. Im Schulbericht steht doch ausdrücklich, daß die Verlesungsergebnisse noch recht ungünstig sind. Mit dem Abschlußanfang werden die bei den Bürgern nicht sehr viel Liebe erwecken. Die Hauptsache ist freilich, daß die Kinder zeitig ins Bett kommen.

Stadtv. Löbe: Der Magistrat war „überreife“ Reformen zu warnen, wie das Stadtv. Wolff getan, das ist wahrhaftig nicht unsere Aufgabe. Die Förderklassen würden die Normalklassen entlasten und ihre Frequenz herabdrücken, aber auch der Aufwand, das heute viele Schüler das Klassenziel nicht erreichen, darf uns nicht hindern, die Begabten weiter zu fördern, als es heute möglich ist. Im allgemeinen wird sich der Schulanfang um 7 Uhr empfehlen, denn heute dauert der Unterricht vielfach bis um 1 Uhr mittags, nur die ersten Jahrgänge sollte man nicht schon um sechs Uhr aus dem Bett jagen. Den Unterschied machen andere Städte, ihn machen unsere höheren Schulen, warum soll es da hier nicht gehen?

Bürgermeister Trentin: Ich bitte Sie, die Anerkennung, die Sie dem Herrn Stadtschulrat Haas zollen, nicht darin auszulegen, daß früher nichts für die Volksschulen geschehen ist. Deshalb bin ich auch nicht der Ansicht, daß wir gegen andere Städte um 10 Jahre zurück sind.

Stadtv. Heibrich (lib.): Maßgebend ist doch das Wohl der Schule. Im heißen Sommer ist es besser, um 7 Uhr anzufangen. Stadtschulrat Haas wendet sich gegen Stadtv. Wolff. Wenn ich gesagt habe, daß unser Volksschulwesen um 10 Jahre zurück ist, so wollte ich wirklich meinen Auszubergängern nichts nachsagen. Auch sonst werden wir in Breslau noch immer um einige Jahre zurückbleiben, weil wir mit großen Selbstbeherrschungen zu rechnen haben.

Nach einem kurzen Schlußworte des Berichterstatters Stadtv. Müller wird der Antrag Wiener abgelehnt, 5500 Mark für zwei Turnzelle zu bewilligen, im übrigen der Haushaltsplan für das Volksschulwesen vorläufig festgesetzt.

### Mehr Licht!

In den Beleuchtungssetat hat der Ausschuß 20.000 Mark zur besseren Beleuchtung der Gräbnerstraße eingelegt. Er hält auch eine bessere Beleuchtung der Zauenhien- und der Tiergartenstraße für wünschenswert. Stadtbaurat Wieschowsky (lib.) als Referent wünscht persönlich noch eine bessere Beleuchtung der Regent am Dbertorbachhof.

Stadtv. Ziegler (Soz.): Wir begrüßen jeden Fortschritt, doch soll man nicht nur an die Hauptstraßen, sondern auch an die vielen Nebenstraßen denken. Was mich besonders veranlaßt, das Wort zu ergreifen, ist der Umstand, daß an trüben Tagen die Lampen oft zu früh ausgelöscht werden. In der Lange Gasse und in der Lindenbühlstraße herfürst früh oft ganze Finsternis, wenn die vielen Arbeiter, die dort wohnen, zur Arbeit gehen. Ich bitte also, in den Morgenstunden, an Tagen, wo es nötig ist, die Straßen länger zu beleuchten.

Stadtv. Uhr (lib.) fragt über mangelhafte Beleuchtung der Matthiasstraße in der Nähe des Waterlooplatzes.

Stadtv. Wolff (lib.) unterbreicht die Forderung nach besserer Beleuchtung des Oberbahnhofs.

Stadtv. Wiener (Soz.): Ich habe mich gekreut, daß mein Antrag auf bessere Beleuchtung der Gräbnerstraße im Ausschuß fast einstimmig angenommen wurde. Ich möchte auch hier nochmals bitten, ihn mit anzunehmen, denn der Verkehr auf dieser Straße wächst fast von Woche zu Woche.

Stadtv. Jächky (Konf.) bittet um bessere Beleuchtung vor dem Streifenrektor, wo es nach Straßen mit Petroleumbeleuchtung gibt.

Stadtv. Hoffmann (Konf.) wünscht bessere Beleuchtung der äußeren Klosterstraße und der Brüderstraße.

Stadtv. v. Hochow (Konf.): Da gerade soviel Wünsche vorgetragen werden, will auch ich (Reiterkeit) wünschen, eine bessere Beleuchtung der Bohrauerstraße in Erwägung zu ziehen.

Stadtbaurat Witz: Wir wollten gern alle Wünsche erfüllen, aber es fehlen die Mittel. Sie brauchen nur all die Mittel bewilligen. (Reiterkeit.)

Stadtv. Epener (lib.) fordert bessere Beleuchtung der Frankfurterstraße vom Striegauerplatz bis zum Depot der Straßenbahn.

Der Etat wird hierauf vorläufig festgesetzt.

Beim

### Pflasterungssetat

glaubt Stadt. Heibrich (lib.), daß nun auch aus allen Stadtteilen der Schrei nach besserem Pflaster erhallen wird. (Reiterkeit und Zuruf: Ritterplatz.) Der Redner weist darauf hin, daß an der Nordwestecke des Bahnhofs die Straße verbreitert werden soll und wünscht, daß dabei die schöne Baumgruppe, die sich dort befindet, geschont wird.

Stadtv. Garbowitz (Konf.) wünscht Neupflasterung der Klosterstraße zwischen Bürgow- und Löschstraße wie bessere Pflasterung am Ritterplatz.

Stadtv. Löbe (Soz.) weist darauf hin, daß die Versammlung die Grundschätzung ausgeprochen hat, mit vorgelegenen Bauten sofort zu beginnen, wenn der Etat vorläufig festliegt. Im Neben ist dabei leider von dieser Grundschätzung noch kein Gebrauch gemacht worden. Sobald im Ausschuß festgelegt ist, welche Arbeiten an die Diethe kommen, sollte auch damit begonnen werden.



sonnen werden. Im Steinlehnswerke ruht die Arbeit noch voll-  
ständig, während im Sommer dann Überstunden gefordert werden  
und alles klagt, daß die Arbeiter zu langsam vor sich gehen.  
Stadtbaurat v. Scholz: Im März kommen oft noch Frost-  
perioden, wodurch die Arbeiter in sehr unvorteilhafter Weise  
unterbrochen werden. Aber schon jetzt sind die Straßen an  
verschiedenen Stellen aufgerissen.  
Bürgermeister Trentin: Seit ist doch erst der Tag, an dem  
der Etat vorläufig festgelegt wird. Die Bestimmung ist, wenn  
ich nicht irre, leinertzeit wegen der Hochbauverwaltung ge-  
troffen worden und zwar vor allen Dingen im Hinblick auf  
die Schulen.  
Stadtv. Mühlbach (Lb.) wünscht besseres Pflaster in  
Dürrgön.  
Stadtv. Ebe (Soz.): Es ist schon richtig, daß der Beschluß  
zuerst für den Hochbau gefaßt wurde, er wurde dann aber auch  
auf andere Bauten ausgebeugt. Der Etat steht schon ein paar  
Wochen auf der Tagesordnung und es ist auch nicht nötig, daß  
der Bureaukratismus der Praxis im Wege stehen muß. Mit dem  
Frostwetter im März ist es nicht mehr so schlimm. Auch im  
Sommer müssen die Arbeiter manchmal bei Regenwetter unter-  
brochen werden. Der Frost hindert ja auch nicht, daß schon an  
Hochbauten gearbeitet wird.  
Stadtv. Garbortz (Konf.): Rechtzeitige Pflasterung liegt  
im Interesse der Sportfreizeit. Unter schlechtem Pflaster leidet  
das Material der Straßenbahn.  
Der Etat wird hierauf vorläufig festgelegt.  
Das Restaurant der Jahrhunderthalle und das Bekledere  
wird für die Zeit vom 1. April bis 1. November zum Preise  
von 7000 Mark verpachtet.  
Zur Beteiligung der Stadt an der Internationalen Aus-  
stellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig werden 2210  
Mark und aus dem gleichen Anlaß eine Unterstützung an den  
Breslauer Verkehrsverein von 300 Mark gefordert. Die Stadt  
wird vor allen Dingen Gegenstände aus dem Schulmuseum, so-  
wie alte, handschriftliche Bände etc. ausstellen.  
Stadtv. Löbe (Soz.) bittet, die Schätze des Schulmuseums  
auch der Breslauer Bürgergesellschaft mehr als bisher zugänglich zu  
machen, durch Vermehrung der Besuchszeit, aber auch dadurch,  
daß der Leiter des Museums genügend Zeit zu Führungen er-  
hält. Der Redner hofft, daß ebenso wie der Verkehrsverein  
später auch die Typographische Gesellschaft die nach-  
gefragte Unterstützung von 200 Mark zur Beteiligung an der  
Ausstellung erhält.  
Die Vorlage wurde genehmigt.  
Die Vorlage über Schaffung eines Mannes zur Aufbe-  
wahrung von Medikamenten usw. im Pflegehaus zu  
Herrnprotisch, der später eventuell zu einer Stipendien-  
anstalt eingerichtet werden kann, wurde angenommen.  
Für die Heilanstalt für Nerven- und Gemüts-  
krankheiten wurden statt der bisherigen schiedensweisen Kon-  
ditionen der Hofschloß kaufene bewilligt. Die Kosten von 150  
Mark werden aus Ersparnissen gedeckt.  
Für die Zirkhalle der Luise- und Marienschule wurden  
zwei neue Dampfbrennmaschinen bewilligt. Die erforderlichen  
Mittel von 600 Mark werden dem Hauptverordneten für  
1913 entnommen.  
Für die Erneuerung der hochflurigen Rampe an der  
Westseite des Stadttheaters wurden aus dem Hauptverord-  
neter der Kammer für 1913 1300 Mark bewilligt.  
Zur Beschaffung eines weiteren Kranes für den Stadt-  
hafen wurden 25 000 Mark bewilligt.  
Die Schweinevolle des Schlachthofes wird  
der Fleischverwertung überlassen.  
Vorläufig festgelegt wurden nach die Haushaltspläne  
des Klassenischen Stiegenhauses, des Kunstgewerbe-Museums,  
der Jugendfürsorge, des Feuerlöschmuseums, des Markthaus,  
der Desinfektionsanstalt, der Kammerregier- und Kammererforsten,  
der Armen- und Pflegeanstalten, der Heilanstalt für Nerven- und  
Gemütskrankheiten, des preußischen Hauptquartiers, der drei  
Lazaretts, der Knaben-Mittelschulen, der Mädchen-Mittelschulen, der  
Stadtbibliothek, der Volksbibliotheken, der Reichhallen, des  
chemischen Untersuchungsamtes, des Vieh- und Schlachthofes und  
des Waisenschulwesens.  
Beim Etat der Volksbibliotheken regte Stadtverordneter  
Wolff (Lb.) an, auch Musikalien mit aufzunehmen.  
Schluß der Sitzung um 8 Uhr.

**Stadtvordnenversammlung.** Die nächste Sitzung der  
Stadtverordneten wird Donnerstag, den 19. März, ab-  
gehalten.  
**Die besondere Ortskrankenkasse des Barbiergewerbes**  
hielt am Mittwoch ihre Ausschusssitzung im Pariser Garten ab.  
Die Beteiligung war sehr reg. Es erhielt Liste I (Jung) 178  
und Liste II (Freie Vereinigung) 29 Stimmen der Arbeit-  
geber. Bei den Arbeitnehmern fielen auf Liste I 89 Stimmen,  
auf Liste II (Freie Vereinigung) 64.  
**Vom städtischen Arbeitshaus** wird gemeldet: „Etwas  
30 männliche Insassen des städtischen Arbeitshauses an der  
Sternstraße glaubten sich von ihrem Aufseher zu streng be-  
handelt; sie lehnten sich daher am vergangenen Freitag gegen  
ihn und den Aufstaltsinspektor auf. Dank der Ruhe und  
Mäßigkeit der Beamten ist es zu Ausschreitungen nicht ge-  
kommen. Die fünf Häufelstörer sind von der Polizei festge-  
nommen worden.“ — Diese Meldung spricht in der Hauptsache nur  
von einer Auflehnung der Insassen; es wird nötig sein, die  
Sache genau zu untersuchen und festzustellen, warum es zu der  
Auflehnung gekommen ist.  
**Das schlesische Konservatorium** wird am Dienstag, den  
24. März, ein Schülerkonzert in der Horkusloge und am  
Sonntag, den 29. März, ein Lehrerkonzert im Kammermusikkal  
veranstalten.  
**Zur Vergiftung auf der Reibelpforte.** Donnerstag vormit-  
tag sind die vier Leichen der Familie Flemming vom  
Reichenschauhaus in die Kapelle des neuen Mairiusfriedhofs  
auf der Bograuerstraße überführt worden. Die Beerdigung war  
heute Freitag vormittag.  
**Fließvergiftung.** Am Donnerstag ist eine am  
Gnastenauplatz wohnende Familie, bestehend aus vier Personen,  
an Fließvergiftung erkrankt. Das Fleisch war vom Familien-  
vater von auswärts mitgebracht worden. Die Vergiftung ist aber  
nicht tödlich, denn die erkrankten Personen sind nicht bet-  
lägerig.  
**Staber Anlag.** Am Donnerstag nachmittag wurde die  
Feuerwehr durch zum öffentlichen Melder Friedrich-Wilhelm-  
straße 20 gerufen. Hier hatte ein Mann ohne jeden Grund und  
Ursache den Feuermelder eingeschlagen und abgezogen: er  
wurde festgenommen.  
**Anzeigen über beschäftigte Hausarbeiter.** Nach den be-  
stehenden Polizeiverordnungen sind von den Arbeitgebern und  
Zuständigkeiten einmal in jedem Kalenderjahre Anzeigen über  
die von ihnen beschäftigten Hausarbeiter einzubringen. Diese An-  
zeigen haben nach dem Beschäftigungsstande am 1. Februar zu  
geschehen, und sie müssen vom 1. bis 15. März beim Polizei-  
amt eingehen. Da in diesem Jahre der 15. März  
auf einen Sonntag fällt, wird die Frist bis zum 16. März laufen.  
Besuche der die Anzeigen bisher noch nicht eingereicht haben,  
müssen sich damit sehr beeilen.

**197 neue Mitglieder,**  
die vor und während der gestrigen Frauenversammlung in  
Breslau geworden wurden — das ist das Resultat, das  
gestern Abend dem Parteisekretariat gemeldet wurde! Der  
Sonntag muß das begonnene Werk gründlich vollenden!

**Volksvorstellung des Bildungsausschusses.**  
Am Sonntag, den 22. März, kommt im Thalia-Theater  
Georg Hirschfelds ergreifendes Drama  
„Die Mütter“  
zur Aufführung. Die Villetausgabe erfolgt am Dienstag, den  
17. März, im „Gewerkschaftshaus“. Um 7 Uhr Auslosung, um  
8 Uhr Villetausgabe. Preise der Plätze: 1. Rang 80 Pf.,  
Partei und Orchester 70 Pf., Sperrsitze und Mittelbalkon 50 Pf.,  
Seitenbalkon 40 Pf., 2. Rang 30 Pf., 3. Rang 20 Pf., Galerie  
10 Pf.

**Neue Fernsprechanlage.** Eine Fernsprechanlage ist an der  
Ecke der Lehngruben- und Verdainstraße aufgestellt worden.

**Vereine und Versammlungen.**  
Im Gewerkschaftshaus begehrt am Sonntag, den 15. er.  
der „Arbeiter-Athleten-Verein Breslau“ sein  
driltes Stiftungsfest. Der Verein, der bei verschiedenen  
anderen Anlässen, bei welchen er mitwirkte, angenehm auffiel,  
hat auch dieses Mal ein Programm zusammengestellt, das den  
Besuch des Festes lohnend erscheinen läßt. Näheres Inserat.

**Aus Breslau (Land)-Neumarkt.**  
**Parteilosen des Landkreises!**  
In Inseratenteil der heutigen Nummer der „Volkswacht“  
werden die Versammlungen bekannt gegeben, die aus Anlaß der  
roten Woche stattfinden. Sie sollen eine würdige Deerschau dar-  
stellen, die eine machtvolle Demonstration in sich schließt.  
Es ist Pflicht eines jeden Genossen und Genossin nicht nur  
selbst zu erscheinen. Aber doppelt Pflicht ist es, die Frauen und  
Jugendlichen zu veranlassen, ebenfalls die Versammlung zu be-  
suchen. Mithin eure Kameraden auf, seid emsig an der Ar-  
beit, um das Werk der roten Woche zu krönen. Versäum: nie-  
mand die Versammlung und scheue keiner den Weg.  
Die Arbeiterkämpfer sind um ihre Mitwirkung ersucht, um  
die Versammlungen mit einem Siebe einzuteilen und zu  
beenden.

**Auf in die Versammlung!**  
**Die Agitatoren der „Roten Woche“**  
werden aufgefordert, Sonntag, den 15. März, noch ein-  
mal überall nachzufragen. Vergeßt kein Haus, geht in  
jede Wohnung und werbt neue Kämpfer für den Wahl-  
verein und neue Leser der „Volkswacht“.  
Es geht auf's Ganze, zeigt den herrschenden Klassen,  
daß trotz der Krise trotz der Ungunst der wirtschaftlichen Ver-  
hältnisse die werbende Kraft des Sozialismus günstige Erfolge  
zu verzeichnen hat.  
Die gemachten Aufnahmescheine für Partei und Presse  
müssen spätestens Sonntagabend dem Distriktsführer abgegeben  
werden, damit Montag die Registrierung des Meintals erfolgen  
kann.  
In der Montags-Nummer werden die Erfolge  
distriktsweise bekannt gegeben. Stehe kein Distrikt in der Agi-  
tation zurück!

**Wärendorf. Pferdbediebstahl.** In der Nacht zum  
Donnerstag ist vom hiesigen Dominium eine vierjährige belgische  
Stute von hellbrauner Farbe mit Stern gestrichelt worden. Das  
Tier ist 170 Zentimeter groß, hat dunkelbraunes Schwanz und ist an der  
Seite mit dem einbrennenden Buchstaben St. W. gezeichnet. Vor  
Anlauf wird gewarnt; Angaben zur Ermittlung der Diebe oder  
über den Verbleib des Pferdes werden nach Zimmer 56 des  
Polizeipräsidiums erbeten.

**Schlesien und Posen.**  
**Peiserwitz, 14. März.** Achtung Genossen! Die vor  
kurzem stattgefundenen Verhandlungen der Lokalkommission mit  
den beiden Gastwirten, die uns ihre Lokale verweigern, sind  
resultatlos verlaufen. Die Arbeiterkassier wird ersucht, es bei  
dem bisherigen Zustande bis zur nächsten kombinierten Ver-  
sammlung zu belassen.  
— Ein Unglücksfall ereignete sich Dienstag im hie-  
sigen Rieserwalde. Der Arbeiter Wintol aus dem benachbarten  
Grünthale brach bei dem Versuch, eine hängengebliebene Kiefer  
herunterzuholen, das linke Bein.  
**Trebnitz, 13. März.** Wahlverein. Da die Kaitation  
zur roten Woche am vorigen Sonntag gut einsetzte und sich eine  
ganze Anzahl von Genossen daran beteiligten, so ist trotzdem  
die Hausarbeit am Sonntag den 15. März zu leisten. Alle Ge-  
nosser, die mitarbeiten wollen (sind müssen), werden hierdurch  
aufgefordert. Sonnabend den 14. März abends 8 Uhr, im  
Treibnitzer Konzerthaus zu erscheinen und dort das Material in  
Empfang zu nehmen. Erscheinen alle zur Mitarbeit, dann kann  
der Erfolg nicht ausbleiben. Sonntag den 15. März, nachmittags  
2 Uhr findet eine öffentliche Frauenversammlung im Konzerthaus  
statt, in der Genossin La w a t s c h - Breslau über „Das Recht der  
Frau“ reden wird. Genossen, sorgt für guten Besuch der Ver-  
sammlung.  
**Glogau, 13. März.** Achtung, Arbeiter und Ar-  
beiterinnen von Glogau und Umgegend. Am  
nächsten Sonntag finden zwei öffentliche Volksversammlungen  
statt und zwar die erste vormittags 10 1/2 Uhr bei Schreyer  
und außerdem eine Versammlung unter freiem Himmel in  
Zerbau auf dem Grundstück Nr. 137. Redner in beiden Ver-  
sammlungen ist Genosse Reinhold Zars aus Breslau. Das  
Thema lautet: „Die Sozialdemokratie und ihre  
Feinde in der roten Woche.“ Genossen! Ruht die  
Tage dieser Woche noch gründlich zur Kaitation aus, zeigt, daß  
auch wir den Genossen in an eren Orten nicht nachsehen.  
Kaitiert in euren Bekannntkreisen eifrig für die Partei und die  
Volkswacht. Vor allen Dingen sorgt dafür, daß die beiden Ver-  
sammlungen gut besucht sind und bringt eure Kollegen die noch  
nicht Parteimitglieder sind, ebenfalls mit.  
**Beuthen, 13. März.** Schwere Sturm. Auf der  
Düberrückstraße stürzte der Formerziehling Josef Pläbe  
aus Beuthen von einer Treppenrampe gegen zehn Meter  
tief hinab. Seine Verletzungen sind so schwer, daß er  
kaum mit dem Leben davonkommen wird.  
**Schlesien, 13. März.** Eine schwere Bluttia-  
at sich hier ereignet. Der 55 Jahre alte Bergbauarbeiter

Sobiegalla hatte dem Alkohol stark zugesprochen, wie er da-  
mals tat und kam stannlos betrunken in seine Wohnung  
Dort ergriß er ein Küchenmesser und brachte, ohne ein  
Wort zu sagen, seiner Frau nicht weniger als neun  
Messerstiche bei. Zwei in den Rücken geführte Messerstiche  
haben die Lungen der unglücklichen Frau verletzt. S. wurde  
dem Gerichtsfängnis in Beuthen zugeführt.

**Bromberg, 13. März.** Der Anfang der roten  
Woche. In einer Reihe von Orten, wie Bromberg, Schneide-  
mühl, Kolmar, Schönlarke, Schwerin, Oberstolz und Uch sind  
bis jetzt 83 neue Parteimitglieder und außerdem viele  
Volkswachstler gewonnen worden. Der Erfolg wird noch größer  
sein, wenn erst alle Orte berichtigt haben werden. Der Erfolg  
muß aber größer werden, wenn alle Genossen am Sonntag  
ihre Pflicht erfüllen. Vergeßt nicht, daß ihr Sozialdemokraten,  
daß ihr Kämpfer seid!

**Neueste Nachrichten.**  
**Sturm an der marokkanischen Küste.**  
17 Schiffe gestrandet.  
London, 13. März. Ueber Madrid wird telegraphiert: Nach  
Meldungen aus Melilla herrscht an der nordafrikanischen Küste  
großer Sturm, dem viele Menschenleben zum Opfer  
gefallen sind. 17 Schiffe strandeten, 200 Per-  
sonen wurden gerettet. Viele Kriegsschiffe waren in  
Gefahr.  
**Die Beurteilung der Russeninfare.**  
(Siehe Politische Uebersicht.)  
Berlin, 13. März. Die von der „Petersburger Wör-  
telung“ verbreiteten Mitteilungen über die russische Kriegs-  
bereitschaft, die von dem Petersburger Staat als offi-  
ziös bezeichnet werden, haben naturgemäß in Berliner politischen  
und militärischen Kreisen große Beachtung gefunden. Ueber die  
in diesen Kreisen herrschende Auffassung erhält die Telegraphen-  
Union in später Abendstunde folgende Mitteilungen: Eine hohe  
in verantwortungsvoller Stellung befindliche Militärperson hält  
es für kaum glaublich, daß ein russischer hoher Mit-  
tler derartig sich selbst charakterisierende Behauptungen in die  
Welt gesetzt habe. Wenn alle Mitteilungen über die Kriegs-  
bereitschaft der russischen Armee so wahr seien wie die über  
die Vorzüglichkeit des Sibirischen Luftschiffes, so könnte Deutsch-  
land beruhigt sein. Im übrigen müsse man sich fragen, was  
mit dem Artikel eigentlich bezweckt werde.  
Deutschland und Oesterreich seien in dem Artikel vorzüglichster-  
weise nicht erwähnt, und der Schluß bilde einen eigenartigen Aus-  
klang zu der Infare des Beginns. Daß Rußlands Heer in  
guter Verfassung sei, habe noch niemand bestritten. Es wäre  
ja noch schöner, wenn dies die russischen verantwortlichen Per-  
sönlichkeiten nicht fertigbrächten. Ob allerdings die in den höch-  
sten Tönen gehaltene Lobhymne auf das russische Heer den Tat-  
sachen entspreche, müsse nach allem, was hier über die Schlag-  
fertigkeit der russischen Armee bekannt sei, zum mindesten be-  
zweifelt werden.

**Zimmerliche Liberate.**  
**Die Angst vor dem Plakat.**  
Berlin, 13. März. In der Stadtverordnetenversammlung  
sah ein sozialdemokratisches Mitglied auf das „Polizei-  
verbot zu sprechen, durch welches das Anschlag-  
von Anrufen der sozialdemokratischen Partei, welche  
die Ausschritt trugen „Heraus mit dem Frauen-  
stimmrecht“ an den Plakataufhängen untersagt wurde.  
Der Redner legte zwei dieser Plakate auf den Tisch des Hauses  
nieder. Sofort wurde aus der Versammlung gerufen „Fort  
mit den Plakaten“. Der Stadtverordneten-Vorsitzer  
erklärte: „Es hat sich niemand zum Wort gemeldet. Ich  
bitte, die Plakate fortzunehmen.“ Stürmische Zwischenrufe  
waren die Folge dieser Worte. Ein Stadtverordneter der Alten  
Linken ließ erregt zum Auslegertisch, rief die Plakate  
herunter und warf sie auf den Fußboden. Den  
allgemeinen Tumult, der entstand, überhörte, wie die  
„Morgenpost“ schreibt, schließlich die Stimme des Abgeordneten  
Doffmann, der dann die Plakate wieder aufhob und sie wieder  
auf den Tisch legte. Auf Aufforderung des Stadtver-  
ordneter-Vorsitzers hin erschien dann unter dem Protest der  
Sozialdemokraten ein Magistratsbote, der die Plakate aus dem  
Sitzungssaal hinausbrachte.

**Gewaltige Staatsmänner.**  
Athen, 13. März. Gestern fand insofern eines lebhaften  
Ausschusses in der Kammer ein Duell zwischen dem früheren  
Ministerpräsidenten und jetzigen Führer der Opposition  
Theodoris und dem Kammerpräsidenten Savilianos  
statt. Es kam zu einem einmaligen Kugelwechsel, aus dem beide  
Begner unverletzt hervorgingen.

**Nachwintter im Riesengebirge.**  
Girshberg, 13. März. Seit Donnerstag nacht hat es im  
Tale, besonders auf dem Gebirge, mehrfach sehr kräftig  
geschneit. Bei der Neuen Schlesienschen Waude wurden Donner-  
tag mittag gegen 30 Zentimeter Neuschnee gemessen, bei der Prinz  
Gemeinschaft aber nur gegen 10 Zentimeter. Im Tale blieb der  
Schnee größtenteils nicht liegen. Auf dem Gebirge herrschten  
mehrere Grad Kälte. Dieser Rückfall des Winters kam ganz plötzlich.  
Nach am Dienstag waren 12 Grad Wärme im Tale. In der  
Nacht herrschten dann an einigen Stellen, so im Hies- und  
im Waldenburger Gebirge, starke Gewitter, und es trat eine  
sehr starke Abkühlung ein. — Im Gebirge kann jetzt sogar  
wieder Winterport getrieben werden, und besonders für Schnee-  
schuläufer sind die Verhältnisse wieder günstig.

**Versammlungen und Vereine.**  
Sonnabend, den 14. März:  
Parteilager. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.  
Volksvorstellungen in Breslau-Land.  
Sonnabend, den 14. März, abends 8 Uhr  
in Maria-Öfchen bei Müller.  
Sonntag, den 15. März:  
Hartlieb, nachmittags 2 1/2 Uhr bei Rosenberger.  
Gräbigen, nachmittags 2 1/2 Uhr bei Strauß, früher Nurr.  
Friedewalde, nachmittags 3 Uhr bei Eisner.  
Stabelwitz, nachmittags 3 Uhr bei Weinert.  
Sachwitz, nachmittags 3 Uhr bei Hoffmann.  
Neumarkt, nachmittags 3 1/2 Uhr bei Freudenberger.  
Trebnitz. Frauenversammlung Sonntag, nachmittags  
5 Uhr im Konzerthaus.

Wasche  
Hausputz  
**Henkel's Bleich-Soda**  
Seit 38 Jahren  
im Gebrauch und  
bestbewährt  
Remond & Co. Dusseldorf



## Die Heerschau der Frauen.

Der große Saal des Gewerkschaftshauses sah kaum die Menge der Frauen, die Donnerstagabend zusammenströmten, um unsere Genossin Regina Ruben reden zu hören. Mehr als 2000 Frauen füllten jeden Platz im großen Saale und auch die Galerien waren dicht besetzt. Das war eine gewaltige Heerschau der Frauen, ein wichtiger Protest gegen ihre politische Entmündigung. Und man mußte diese Massen beobachten, wie sie den eindrucksvollen und zu Herzen gehenden Worten der Rednerin lauschten. Dann begriff man: Diese Frauen sind mündig, sie sind reif genug, an ihrem politischen Geschick mitzuarbeiten. Diese sorgendurchsuchten Gesichter redeten von in ihrer Not erfüllter Pflicht. Das waren keine Modedämchen, denen das Spiel mit politischen Dingen nur eine kleine Abwechslung in ihrem langweiligen Dasein ist. Ernste, arbeitsame Frauen und Familienmütter waren es, denen die Worte der Rednerin zu Herzen gingen, denn ihr Schicksal war es, das sie schilderte.

Der Gesangsverein „Frohinn“ brachte schon am Anfang durch den guten Vortrag eines Kampfliedes, es war der Weckruf: „Frauen heraus,“ gedichtet von der Arbeiterin Emma Döls und komponiert vom Dirigenten des Frauengesangsvereins „Frohinn“ Vogel, ernste Stimmung in die Versammelten. Dann berichtete die Leiterin, Genossin Lamati, daß bisher in diesen Tagen schon 200 neue Genossinnen für den Wahlverein gewonnen seien. Der Anfang ist erfreulich. Nur weiter auf dieser Bahn, damit wir nicht im Lande zurückbleiben. Dann nahm Genossin Ruben das Wort:

Kein Verlegerer als August Bebel ist einer der Ersten gewesen, der entschlossen für die vollen Staatsbürgerrechte der Frau eingetreten ist, und so fordert § 5 unseres Programms die volle Gleichheit der Frau mit dem Manne. Nur dann werden wir die Höhen der Kultur erreichen, wenn dieser Wunsch erfüllt ist. Seit Jahrhunderten haben die wirtschaftlichen Verhältnisse die Stellung der Frau herabgedrückt. Das Privateigentum machte sie zur Sklavin des Mannes. Unter den Folgen dieses Wandels hat die Frau noch heute zu leiden, denn erst allmählich besetzen sich die Sitten. Dann bittete sich der Staat. Zu ihm gefellte sich die Kirche mit ihrem Unterschied zwischen reich und arm, ehelichen und unehelichen Kindern.

Sie verhalf dem Fürsten zum Gottesgnadentum und ließ sich dafür die Herrschaft betätigen. Jetzt war eine Oberaufsicht vorhanden, und diese machte die Geleite ohne den Mann und ohne die Frau. Unter diesen Gesetzen haben wir heute noch zu leiden.

Nur die Arbeit der Frau in der Sozialdemokratie kann dieses Unrecht abheben. Der Mann ist heute das Haupt der Familie, gleichviel, ob er dazu fähig ist oder nicht. Auch in der Gemeinde hat die Frau keine Bedeutung, und doch gehört der Mann nicht in die Kassen- und Wapenpflege, Staat, Verwaltung, Justiz, ja sogar die Jugendgerichte sind in den Händen des Mannes. Auch über Ehe- und Scheidungssachen entscheidet er, ohne die Frau zu fragen. Und doch gibt es keine Staatsfragen, an denen die Frau nicht mitarbeiten könnte. Das hat man in Australien, Amerika, Norwegen, Finnland und Island schon längst eingesehen. Andere Staaten haben das Gemeindefürsorgegesetz der Frauen, und ihr Einfluß auf die Gesetzgebung ist sehr segensreich. Nur in Deutschland sieht es noch traurig aus. Hier haben wir noch mehr als 150 000 sozialdemokratisch organisierte Frauen und am Ende der roten Woche werden es vielleicht 200 000 sein. Die etwa 10 000 organisierten Bürgerfrauen kommen für den Kampf ums gleiche Wahlrecht gar nicht in Frage. Nur in der Sozialdemokratie können wir unsere Rechte erringen.

Und das ist nötig. Die Kindersterblichkeit ist ungeheuerlich, das Elend groß. Darum hat ein Geburtenrückgang eingeleitet. Solange die „bessere“ Klasse abichtlich weniger Kinder in die Welt setzt, kümmerte sich kein Mensch darum, als aber die Arbeiter angingen, es ihnen gleich zu tun, da schrie man nach staatlichen Gegenmaßnahmen. Wir bekämpfen den abhässlichen Geburtenrückgang nicht, wenden uns aber entschieden gegen einen staatlichen Geburtenzwang. Noch läßt man in Rußland tausende uneheliche Kinder verkommen. Dazu wird der traurigste Kinderhandel betrieben. Verlebte Kinder werden in Galizien künstlich verkrüppelt, um zum Bettel verwendet zu werden. Dabei leidet das ganze Volk unter der Not und Furchung, die von Agrariern, Industriellen und Klassen künstlich erzeugt wurde. Kafen, Hunde, Pferde, ja sogar das Fleisch freier Tiere wird gemessen. Die Arbeitslosigkeit macht das Elend doppelt groß. Militär, Kanonen und Panzerschiffe freisen unseren Reichtum. Wir wollen den Weltfrieden. Die Arbeiter aller Länder haben nur einen gemeinsamen Feind, das Kapital.

Unter Kulturkammer ist vielleicht noch größer. Den Kindern der Besitzenden sichert der Staat einen weit besseren Schulunterricht, als den Kindern der Armen. Dazu kommt, daß die Volksschule kirchlich beeinflusst wird. Fast die Hälfte des Unterrichts beschäftigt sich mit Religion. Naturgeschichte, unverfälschte Weltgeschichte und Bürgerkunde wird so gut wie gänzlich geseht. Nur die Organisation kann alle diese Schäden beseitigen. Wirtschaftlich und politisch müssen wir uns vereinigen und unsere Jugend selbst erziehen. Uns gehören unsere Kinder, nicht den Bürgerlichen. Überall in der Welt hat die Frau im Freiheitskampf der Völker mitgewirkt. Der Zukunft dürfen wir vertrauen, und sollten wir auch die bessere Zeit nicht mehr erleben, so doch unsere Kinder. Sie werden es uns danken.

Stimmiger Beifall folgte dieser eindrucksvollen Rede und einstimmig nahm man eine entsprechende Entschließung an.

In der Aussprache nahm keine Gegnerin das Wort. Die Genossinnen Simon, Kędzia und Schramm belegten die Ausführungen der Rednerin mit eigenen Erfahrungen. Im Schlußwort forderte Genossin Ruben auf, die „Volksmacht“ und die „Gleichheit“ zu lesen. Wirkt weiter für unsere Partei, schafft, daß wir vorwärts kommen. Immer feste drauf! Damit schloß die Rednerin unter lautem Beifall. Nachdem der Gesangsverein „Frohinn“ noch einige prächtige Lieder vorgetragen hatte, schloß die gewaltige Versammlung mit einem donnernden Hoch auf die sozialdemokratische Frauenbewegung.

## Die „politische“ Gewerkschaft!

### Ein Breslauer Urteil.

Am Mittwoch war es eine Arbeiter-Jugendversammlung, die von der 3. Strafkammer als politischer Transportarbeiter-Verband als politischer Verein bezeichnet und seine Breslauer Ortsverwaltung bestraft worden, weil sie es unterlassen hat, die Sanktionen an die Polizei zu richten und ihr die Vorstands-Mitglieder anzugeben. So wird uns noch regelmäßig gerade in der roten Woche vor Augen geführt, wie bringend not es ist, unsere wirtschaftlichen und politischen Vereine und Verbände zu stärken und nicht eher zu ruhen, bis der letzte Mann und die letzte Frau gewerkschaftlich und politisch auf dem Boden stehen.

Die Breslauer Verwaltungsstelle des Transportarbeiter-Verbandes soll politisch indifferent sein, was das heißt, soll

geschlichte. In den Aufgaben des Transportarbeiter-Verbandes gehört es auch, die Eisenbahner zu organisieren. Das ist selbstverständlich ein höchst staatsgefährliches Bestreben, und die Polizei war krampfhaft bemüht, zu erforschen, was da eigentlich los ist. Ende Januar 1913 haussuchte sie im hiesigen Bureau des Transportarbeiter-Verbandes und beschlagnahmte unter anderem ein Protokollbuch und einige Mitglieber. Außerdem fand sich auch ein Kronzeuge, der Bureauangestellte Franz Sellmann, der früher Verbandsmitglied war und auch der Ortsverwaltung angehört hat. Er dauerte freilich noch lange, bevor der Prozeß anstrengt wurde, doch er kam und das Ergebnis: der Transportarbeiter-Verband ist politisch.

Frägt man, warum soll der Verband politisch sein, so hören wir vom Gericht, ja die durchaus selbständige Verwaltungsstelle hat die Partei mit Geld unterstützt, in den Verhandlungen wurde für sie gesprochen, und dann bestehen im Verbandsrat Beschlüsse für die Eisenbahner, die klar und deutlich sagten, deren Lage soll durch Einwirkung auf die Gesetzgebung verbessert werden. Die Verwaltungsstelle hat jedoch aus Verbandsmitteln niemals die Partei unterstützt und mit den Eisenbahnern hat die Breslauer Ortsverwaltung rein garnichts zu schaffen.

Das Schöffengericht, besetzt mit Amtsgerichtsrat Schoch als Vorsitzenden und je einem Väterchenmeister und Fleischermeister als Schöffen, hat jedoch nach 4 1/2 stündiger Verhandlung die Überzeugung gewonnen, daß die Verwaltungsstelle politisch ist. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Wandmann, lebte in 1/2 stündiger trefflicher Rede scharf und klar auseinander, ein Verleumdung wird dadurch nicht politisch, daß er nebenher mit der einen oder anderen politischen Partei in Verbindung kommt; ausschlaggebend kann nur sein, ob er auf die Gesetzgebung unmittelbar einzuwirken versucht. Herr Wandmann belegte seine Ausführungen mit Urteilen des hiesigen Oberlandesgerichts und des Kammergerichts. Alles war vergeblich.

Aus der stundenlangen Verhandlung verdienen noch zwei Dinge hervorgehoben zu werden, die so recht bezeichnend sind. Der Vorsitzende fragt den Genossen Zimmer: Sagen Sie mal, wer beschließt den eigentlich über die Streiks im Verbandsrat, die sozialdemokratische Partei oder der Transportarbeiter-Verband? Diese Frage eines Gerichtsvorsitzenden spricht Bände! „Herr Ullrich“, so wird der Kronzeuge vom Amtsgerichtsrat gefragt, „woraus schließen Sie noch, daß der Verband politisch ist?“ „Er hat sich immer sehr viel mit den arbeitslosen Klassen wählen beschäftigt“, „Gehört“, erwidert Genosse Zimmer, „das ist doch unter gutes gesellschaftliches Recht, das müssen wir doch“. „Ja“, lautet darauf die gewichtige Gegenrede des Kriminalkommissars, „das kommt doch ganz darauf an. Der Verband versucht, sich der Masse zu bemächtigen, um Mitglieder, die streiken, krank schreiben zu lassen und so das Streikgeld zu ersparen“. Zimmer antwortete: „Ich wäre jederzeit bereit, unter dem Eide anzufügen, daß solche Dinge niemals vorkommen. Der Massenverband kann kein Mitglied krank schreiben; das ist Sache des Arztes“. Auch der Verteidiger wies darauf hin und betonte noch, der Arzt, der so wie angebeutet, streikende Arbeiter krank schreibe, der handelte verwerflich.

Diese beiden Proben aus der Verhandlung mögen genügen. Ueber ihren Verlauf ist noch zu berichten:

Das Breslauer Schöffengericht für Ueberretungssachen verhandelte am Donnerstag gegen 16 Mitglieder der hiesigen Ortsgruppe des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, weil sie als Vorstandsmitglieder eines „politischen Vereins“ es unterlassen haben, die Sanktionen und Verzeichnisse des Verbandes dem Polizeipräsidenten einzureichen. Es handelt sich um die Kollegen Paul Aderhold, Franz Diebold, Paul Klenzig, Paul Kaste, Gustav Roh, Max Blasche, Wilhelm Salomon, Josef Gottwald, Wilhelm Scholz, August Reichelt, Josef Kiedel (jetzt in Straßburg), Hermann Zimmer, Paul Seuf und Heinrich Brücker, Hermann Dünndorf und die Kollegin Marie Seig. Persönlich waren nur Zimmer, Seuf, Aderhold und die Angeklagte Seig erschienen; gegen die übrigen wurde in Abwesenheit verhandelt. Ursprünglich hatten die Genannten jeder einen gerichtlichen Strafbefehl über 15 Mark zugestellt erhalten, wogegen alle Einspruch erhoben. Zunächst bemerkte Zimmer, daß er zur hiesigen Ortsverwaltung des Transportarbeiterverbandes gar nicht gehöre, sondern zum Hauptverband für Schlesien. Ferner wurde eingewandt, daß einige der Angeklagten mit der Ortsverwaltung garnichts zu tun haben und deshalb auch nicht in vereinsrechtlicher Hinsicht verantwortlich zu machen sind. Die ganze Verhandlung spitzte sich im wesentlichen auf die beiden Fragen zu: „Ist die Breslauer Ortsgruppe des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes ein selbständiger Verein?“ und zweitens: „Ist sie politisch?“ Zimmer bestritt, daß die Leitung der hiesigen Ortsverwaltung des Transportarbeiter-Verbandes überhaupt als Vorstand des Vereines im Sinne des Reichsvereinsgesetzes angesehen werden kann. Als Vorstand kommt nur der Hauptverband des gesamten Verbandes in Betracht, der in Berlin seinen Sitz hat. Die Leitung der hiesigen Ortsverwaltung ist in allen ihren Handlungen abhängig von den Weisungen des Hauptverbandes und kann daher nur als ausführendes Organ desselben angesehen werden. So kann ging Zimmer in einzelnen auf die drückenden Verordnungen stellen des Verbandes ein. Nach § 19 des Statuts darf die Ortsgruppe ihre Bevollmächtigten nicht selbst wählen, sondern nur dem Berliner Vorstand in Vorschlag bringen, der dann nach seinem Belieben die vorgeschlagenen Kollegen bestätigt. Besondere Berufsgruppen (Eisenbahner, Straßenbahner, Seefahrer) unterliegen überhaupt nicht den einzelnen Ortsverwaltungen. Für diese Gruppen bestehen sogenannte Reichsvereine, die direkt von Berlin aus durch besondere Sekretäre geleitet werden. Die Vernehmung über die sonstige Tätigkeit des Transportarbeiter-Verbandes, seine Einrichtungen, Ziele und Zwecke, erfolgte in sehr eingehender Weise. Zimmer äußerte sich sehr ausführlich über alles und daraus war zu entnehmen, daß die Breslauer Ortsverwaltung durchaus kein selbständiges Vereinsleben führt, sondern in jeder Hinsicht den Weisungen des Berliner Hauptverbandes untersteht.

Nun fragte ihn der Vorsitzende, welche Beziehungen der Verband zur sozialdemokratischen Partei habe. Es wurde ihm erwidert: Keine, außer der Tatsache, daß ein verhältnismäßig kleiner Bruchteil der im Transportarbeiter-Verband Organisierten in politischer Hinsicht der Sozialdemokratie angehört. Der Verband würde jedoch keines seiner Mitglieder ernstlich daran hindern, sich dem Zentrum oder einer liberalen Partei anzuschließen. Bei der Aufnahme in den Verband wird keiner gefragt, welches politische oder religiöse Bekenntnis er habe. Niemanden wird nach dieser Richtung vom Verband eine Schlichtigkeit befohlen. Stattdessen erwiderte ich, daß die politische Indifferenz zum Zweck der Gewerkschaft politisch indifferent ist, also gar keiner politischen Partei angehört. Der Vorsitzende hat Zimmer vor der Ver-

handlung. Genosse Ullrich habe sogar einmal in einer Transportarbeiterversammlung darüber einen Vortrag gehalten. Dem Vorsitzenden wurde darauf erklärt, wenn der Verband sein Interesse für den Ausfall der Stadterverordnetenwahlen bekümmert habe, so sei das ganz erklärlich. Kam es ihm doch schließlich darauf an, wegen der zahlreichen in städtischen Vertrieben besetzten Verfassungskollegen einen sachlich vorgebildeten Vertreter ins Stadtparlament zu entsenden.

Um 11 1/2 Uhr vormittags war das Verhör der Angeklagten beendet. Dann wurde der erste Belastungszeuge Kriminalkommissar Ullrich in den Saal gerufen. Er behauptete ohne weiteres, die hiesige Ortsgruppe wäre ein selbständiger Verein. Zum Beweise dafür wies er jedoch nichts weiter vorzubringen als: die Ortsverwaltung gibt einen Jahresbericht heraus, sie läßt selbständig Flugblätter los, vertritt eigenmächtig Verwaltungen ein und habe ein eigenes Kassensystem. Die dem Verbands angegliederte Sektion der Anwesenheiten habe dem Hauptverband der Partei einmal einen Geldbetrag überwiesen, über dessen Verwendung der Verband jedoch nichts zu bestimmen hatte. Es handelte sich um einen Ueberschuß, der bei einem Vergleichen erreicht wurde. Noch andere recht belanglose Dinge führte Herr Ullrich zum Beweise seiner Behauptung ins Feld.

Der Bureauangestellte Max Sellmann, der früher der Ortsverwaltung des Verbandes angehört hat, trat in der Verhandlung als Hauptbelastungszeuge auf. Er schloß sich im großen und ganzen dem Kommissar Ullrich an. Sellmann behauptete, daß die Polizei in den Verbandsversammlungen eine nicht nebensächliche Rolle spiele. In jeder Versammlung würden die Gewerkschaftler vom Vorstandsstabe aus aufgefordert, der Partei beizutreten und die Parteimitgliedschaft zu erklären. Die Aufforderung zu politischer Betätigung habe er auch im Verbandsorgan festgestellt. Wenn in einer Versammlung diese Aufforderung unterbleibe, dann habe man eben nur daran verfehlen. Seine Abneigung gegen den Verband brachte Sellmann ganz unabweislich zum Ausdruck und der Vorsitzende mußte ihn mehrmals ermahnen, persönliche Dinge bei seiner Aussage aus dem Spiele zu lassen.

Der Rechtsanwalt beantragte aus formellen Gründen die Freisprechung des Genossen Zimmer und einiger anderer Angeklagten. Im übrigen hielt er die Strafbefehle aufrecht und meinte, die Frage nach der Selbständigkeit der Ortsgruppe müsse unter allen Umständen bejaht werden. Die Beweisaufnahme habe nach seiner Auffassung unzweifelhaft ergeben, daß der Transportarbeiterverband mit der Partei aufs engste verknüpft sei. Der Verband verfolge nebenbei dieselben Zwecke wie die Partei und dabei fühle er sich im wesentlichen auf die Absichten des Kommissars Ullrich und Sellmann und auf Eintragungen eines im Bureau des Verbandes beschlagnahmten Protokollbuchs.

Rechtsanwalt Wandmann beantragte sowohl aus tatsächlichen wie aus rechtlichen Gründen die Freisprechung aller Angeklagten. In Berlin habe man den Versuch nicht gemacht, den Transportarbeiterverband zu einem politischen Verein zu formen, und das entspreche auch nur dem Sinne des Reichsvereinsgesetzes. Der heutige Reichsanwalt, frühere Staatssekretär, v. Bethmann-Ollivog hat sich bei der Beratung des R.-V.-G. dahin geäußert, daß Vereinigungen, die lediglich wirtschaftliche Zwecke im Auge haben, nicht unter das Vereinsgesetz fallen. Das Reichsvereinsgesetz läßt seinem ganzen Sinne nach eine solche enge Auslegung nicht zu. Die Ziele und Aufgaben des Verbandes sind aus seinen Satzungen klar ersichtlich. Von Politik ist da nicht mit einer Silbe die Rede; nicht einmal von einer politischen Betätigung könne man sprechen. Die hiesige Verwaltungsstelle ist auch durchaus nicht selbständig. Das zeigt besonders das Statut über die Wahl der Ortsvereinsvollmächtigen, deren Abhebung oder Bestätigung ganz und gar dem Berliner Hauptverband zusteht. Die Ortsverwaltung kann nicht 10 Personen bestimmen; außerdem die Anwesenheiten sind auch keine Vorstandsmitglieder, sondern Bevollmächtigte des Berliner Hauptverbandes. Die Ansichten des Kommissars Ullrich und des Zeugen Sellmann über die „politische Betätigung“ des Verbandes sind keine Sachverständigenurteile und deshalb nicht maßgebend für die Beurteilung der Sache.

Das Gericht kam dazu, die Strafbefehle gegen die meisten der Angeklagten zu beseitigen. Die Strafen wurden allerdings auf 5 Mark herabgesetzt. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende u. a. aus: Die hiesige Verwaltungsstelle hat einen bis 15 Mitglieder bestehenden Vorstand und das ist ein ziemlich erheblicher Aufwand lediglich für die Zwecke der Verwaltung. Für die Tatsache, daß die Ortsgruppe ein eigenes Vereinsleben führt, spreche ferner ihre Betätigung. Die hiesige Ortsverwaltung ist sogar ein sehr blühender und tatkräftiger Verein. Daß eine gewisse Abhängigkeit von Berliner Vorstände besteht, tut dieser Auffassung keinen Abbruch. Auch der Name „Ortsverwaltung“ habe das Gericht nicht irreführen können. Im Protokollbuch sei wiederholt von „Vorstandsmitgliedern“ die Rede, womit gemeint sei, daß die Mitglieder der Verwaltung offenbar sich selbst als Vorstandsmitglieder eines Vereines fühlten. Schwieriger sei die Frage zu beantworten, ob die Ortsgruppe sich politisch betätige. Es ist richtig, der Transportarbeiter-Verband dient zunächst in erster Linie wirtschaftlichen Zwecken. Aber er tritt auf das politische Gebiet über und dadurch wird ein wirtschaftlicher Verein politisch. Er muß sich dann auch gefallen lassen, wenn er den Beschränkungen des Reichsvereinsgesetzes unterworfen werde. Daß der Verband auf den Staat und seine Gesetzgebung einen Einfluß ausüben wolle, geht aus den Nachtragsstatuten für die Eisenbahner hervor und diese Statuten habe man auf einem Verbandstag der Transportarbeiter beschloßen. Das Zeugnis des Sellmann sei bezeichnend dafür gewesen, wie es in Wirklichkeit um das Gesamtverhalten der Gewerkschaft der Transportarbeiter zur Partei bestellt sei. Die Mitglieder des Transportarbeiterverbandes werden — nach Sellmanns Befundung — vom Vorstandsstab in jeder Versammlung aufgefordert, die Partei tatkräftig zu unterstützen.

Das Urteil des Schöffengerichts erscheint uns völlig unhaltbar, denn es läßt sich in der Hauptsache auf Vorkommnisse aus längst verjährter Zeit. Sowohl die Aussagen des Zeugen Sellmann wie die des Kriminalkommissars Ullrich an der Hand des Protokolls haben es mit Dingen zu tun, die ins Jahr 1912 zurückreichen. Alles jedoch, was vor dem August 1913 im Verbands geschah, kann heute nicht mehr gegen ihn ausgelegt werden. Schon aus diesem Grunde also würden hoffentlich die höheren Gerichte das uns nichtverständliche Urteil aufheben.

## Ein schlesischer Arbeitsnachweis-Verband

ist am Donnerstag im Breslauer Landeshause gegründet worden. Eingeladen waren von der Provinzialverwaltung, die Regierungs-Präsidenten, die Landräufe, Städte und Landgemeinden mit über 10 000 Einwohnern, ferner die Handelskammern, Handwerkskammern, Landwirtschaftskammern und industrielle und sonstige Vereinigungen. Daß auch Arbeiter-Verbände eingeladen oder vertreten waren, wird nicht gemeldet.

Laut § 1 der Satzungen bezweckt der Verband, das öffentliche und gemeinnützige Arbeitsnachweises in der Provinz Schlesiens nach Möglichkeit einheitlich zu regeln und zu fördern, sowie den Zusammenhalt und das Zusammenarbeiten der öffentlichen und der gemeinnützigen Arbeitsnachweise in der Provinz Schlesiens herbeizuführen. Die Verbandsverwaltung ist zunächst im Landeshause auf der Gartenstraße untergebracht. Man rechnet ebenfalls an den Beitritt recht vieler Organisations der verschiedenen Berufsstände. Die Mitglieder werden, wie der Vorsitzende, Landeshauptmann von Schlesiens, Herr v. Bismarck, erklärte, bereit sein, die Kosten zu übernehmen und er würde den Provinzialverbands eine Vorlage machen über



**Bereine und Versammlungen.**

**Auf zur machtvollen Kundgebung!**

Aus Anlaß der roten Woche finden im Landkreise 7 öffentl. Versammlungen statt:

**Sonnabend, den 14. März, abends 8 Uhr:**  
In Maria-Götschen bei Müller.

**Sonntag, den 15. März, nachmittags 2 1/2 Uhr:**  
In Gatzles bei Rosenberger. — In Gräbichen bei Strauss (früher Nurr).

**Nachmittags 3 Uhr:**  
In Friedewalde bei Elsner. — In Stabelwig bei Weidner. — In Sachwig bei Hoffmann.

**Nachmittags 3 1/2 Uhr:**  
In Neumarkt bei Freudenberger. 15786

Die Tagesordnung lautet:

**Die werbende Kraft des Sozialismus!**

Redner sind:

Frau Sekretärin **Emma Förster**, Breslau. Gewerkschaftssekretär **Reiner Richter** „ „ „ **Selbold** „ „ „  
Gewerkschaftssekretär **Senk** Breslau  
Stabverordneter **Schütz** „  
Frau Parteisekretärin **F. Wulff**, „

**Parteilosen aller Orten! Sorgt für Massenbelud!**

Die Arbeiterfänger werden um ihre Mitwirkung gebeten.

**Trebnitz.**  
Sonntag, d. 15. März, nachm. 2 Uhr, im Konzerthaus:

**Öffentliche Frauen-Versammlung**

Tagesordnung: 15757  
So bleiben die Rechte für uns Frauen? Rednerin: Frau **Berta Lawatsch**, Breslau.  
Auf in die Versammlung! soll die Parole aller Arbeiterfrauen und Mädchen am kommenden Sonntag sein. Der Einberufer.

Am 11. d. Mts., nachts 12 1/2 Uhr, verschied nach kurz, schwerem Leiden unser guter Sohn

**Rudolf**  
im zarten Alter von 3 Jahren 5 Monaten. 15752  
Die seligen tieftrauernd an **Die Hinterbliebenen** R. Raschke nebst Frau u. Kindern.  
Die Beerdigung findet Son., nachm. 4 1/2 Uhr, v. der Leichenhalle des St. Paulus-Friedhofes in Cosel statt.

**Stadt-Theater.**

Freitag 7 1/2 Uhr: 15696  
(Gemüthliche Preise).  
„Figaros Hochzeit.“  
Sonnabend, den 14. März, 7 1/2 Uhr:  
„Das Rheingold.“  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
„Faschl und Gerdel.“  
Abends 7 1/2 Uhr:  
„Samson und Dalila.“  
Montag, den 16. März, 7 Uhr:  
Gastspiel des Kammerjägers **Walter Soomer:**  
„Die Walküre.“  
Dienstag, den 17. März, 7 Uhr:  
Gastspiel des Kammerjägers **Fritz Vogelstrom:**  
„Siegfried“

**Lobe-Theater.**

Freitag 7 1/2 Uhr: 15612  
„Der Heilerbuch.“  
Sonnabend 7 1/2 Uhr:  
(Neu einstudiert.)  
„Die Journalisten.“  
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:  
„Die heitere Besetzung.“  
Abends 7 1/2 Uhr:  
„Die Schiffbrüchigen.“

**Thalia-Theater.**

15618 Freitag: Gumboldt-Berein. 3. Gedenkstunde-Veranstaltung  
„Wohltäter der Menschheit.“  
Sonntag, 7 1/2 Uhr:  
„Alte Geibelberg.“

**Schauspielhaus**

(Operettenbühne.) 15753  
Heute, Freitag 8 Uhr:  
„Die Singschönheit.“  
Sonnabend 8 Uhr:  
„Polenblut.“  
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:  
„Der liebe Augustin.“  
Abends 8 Uhr:  
„Kornweibchen.“ 15824

**Liebes-Etablissement**  
Freitag abends 8 Uhr:  
„Das glückliche Mädchen.“  
Sonntag, den 15. März:  
„7. polnische Gesellschaft.“  
„Der verurtheilte Dieb.“  
Sonntag, den 15. März:

**Viktoria-Theater.**

„Der Liebesengel.“  
Am Wochenende, 8. Sonntag, 1/8 U.  
„Die verurtheilte Diebin.“  
Sonntag, den 15. März:  
„Der verurtheilte Dieb.“

**Dominikaner.**  
Heute Freitag: Gross. spannend.  
**Revanche-Wettkampf**  
zwischen Herrn **Jäckel** und Herrn **Weisselso.**  
Ausserdem 16 Künstler.  
Frei- und Vorzugskarten gültig.

**Ring-Theater**  
Ring 47  
(Naschmarktste.)  
Täglich ab 3 Uhr.  
**Das Marienwunder.**  
Elite-Kunstfilm I. 5. Abteilung.  
Von der Zensur verboten und nach achtmonatlichem Kampfe soeben freigegeben, **beginnt heute** seinen Triumph u. Siegeszug durch die Welt.  
Dieser Film ist **nur im Ring-Theater** zu sehen und wird künstlerisch rezipiert durch den Vortragmeister Herrn **Sascha Torge-Tornelly.**

**Frach-Smoking-, Gehrockanzüge**  
**Verleih-Institut**  
**F. Wolff** 13492  
Oblauer Strasse 64  
Ging. Kätzelschleife: Telef. 4322.

**Anzüge, Ueberzieher, Ulster, Uhren, Ketten, Ringe** vert. bill.  
Sehr gut Aussehen: 17. I. 14618

**Für 287 Mk.**  
komplette Einrichtung, bestehend aus Kochkammer, Schlafzimmer und moderner Küche, die für 4 Pers. für 410 Mk. billiger als 42 Mk. Schrank 28 Mk. Bett 33 Mk. Spiegel, geistl. 10 Mk. Robuststuhl 3.50 Mk. ein. Schloß, Sofa mit Umkleebänken, Badstube 12.50 Mk. u. a. u. liefert **wirklich reell und billig**  
**Siegfried Brieger**  
Kupferschmiedestraße 24. 15352 | Geogr. 1839. — Tel. 9177.  
Zahlung nach Vereinbarung!

**Günther & Otto**  
Rohtabakhandlung  
Breslau, Reuschestr. 51  
(Nispoldpassage). 15768

**Hitze-Hüte** nur Albrechtsstr. 4  
1. Viertel vom Ring.  
Grosse Auswahl. Bekannt billige Preise. 15758

„In freien Stunden.“  
Illustrirte Roman-Bibliothek. Heft 10 Pfennige.  
Wetternachrichten der Universitäts-Strawarie.

	11. März	12. März	13. März	14. März	15. März
Wetter	14.5	14.5	14.5	14.5	14.5
Wasser	14.5	14.5	14.5	14.5	14.5
Luft	14.5	14.5	14.5	14.5	14.5
Wind	14.5	14.5	14.5	14.5	14.5
Druck	14.5	14.5	14.5	14.5	14.5
Rel. Feucht.	14.5	14.5	14.5	14.5	14.5
Wolken	14.5	14.5	14.5	14.5	14.5
Wetter	14.5	14.5	14.5	14.5	14.5

**Die Spezial-Ausstellung**  
**Die Gefahren der Prostitution**  
welche sich Ohlaustr. 65 eines guten Zuspruchs zu erfreuen hatte, befindet sich **jetzt** in den grossen Räumlichkeiten **Schmiedebrücke 29 a** **nur ganz kurze Zeit!**  
Das Unternehmen ist von bedeutenden Autoritäten als wissenschaftlich und belehrend anerkannt.  
Personen unter 18 Jahren haben keinen Zutritt.  
Eintritt 20 Pf. Tagl. geöffnet v. 10 bis 10 Uhr. Sonnt. v. 3 Uhr ab.

**Zurückgekehrt**  
**Dr. H. Herz**  
**Sanitätsartikel**  
: Bruchbänder, Leibblenden :  
Gradhalter f. Schloßwachende  
**W. Fritz**, Reuschestr. 36. 12957

**Unser Geheimnis** reell!  
Hingut, gute Stoffe 9 1/2 Mk. 1500  
Wäsche, Wäsche, Wäsche 15 Mk.  
Kontrollanden kleinst von 6 1/2 Mk. an  
Kunstabfabrik Wollstraße 17a, I.

**Hüte, Mützen**  
für Herren und Knaben.  
**Konfirmanden-Hüte**  
zu billigsten Preisen.  
Annahme famill. Sutrepaturen.

**Neumarkt 45.**  
**Arbeits-hosen.**  
UNZERREISSBARE  
ARBEITS-ROSEN  
sehr dauerhaft nur bei **Gustav Knauerhase**,  
Inhab.: **Oskar Dehmel**.  
Neumarkt 45. Geogr. 1833.

**Konfirmanden-Anzüge**  
in grosser Auswahl.  
**Max Landsberg**  
Neumarkt 21  
15771

**Getragene Mass Garderoben**

**Kavalier-Kleidung**

**Kaufhaus für Herren-Garderoben**  
G. m. b. H.

teils auf Selde, von Ia. Schneidern gearbeitet, für jede Figur passend am Lager

Anzüge 10.-12.-16.-20.- usw.  
Paletots 8.-10.-12.-18.- „  
Ulster 10.-12.-16.-20.- „  
Frack-, Smoking-, Gehrock-Anzüge leihweise für 5 Mk.

**Neue Schweidnitzerstr. 6**  
a. d. Gartenstr.

**O. Wengler**  
Steinhermeister,  
Gräbichenerstr. 135.  
Telefon: 15754  
Vorwerkstraße 73a.

**Goldwaren**  
**Alter**  
Kupferschmiedestr. 17  
Ecke Schmiedebrücke

**Hut-Hanke**  
Inh.: **Joh. Tessmer**  
Friedrich-Wilhelmstr. 23  
15374

**Neumarkt 45.**  
**Arbeits-hosen.**  
UNZERREISSBARE  
ARBEITS-ROSEN  
sehr dauerhaft nur bei **Gustav Knauerhase**,  
Inhab.: **Oskar Dehmel**.  
Neumarkt 45. Geogr. 1833.

**Konfirmanden-Anzüge**  
in grosser Auswahl.  
**Max Landsberg**  
Neumarkt 21  
15771

**Gewerkschaftshaus.**  
Sonntag, den 15. März er., nachm. 3 Uhr  
**Stiftungsfest**  
bestehend in  
Konzert, Athlet. Aufführungen, Marmorskulpturen der Arbeit  
**Ball!** Programm 19 Pfg. pro Person. **Ball!**  
15738

Soeben erschienen! Für den Frauentag!  
**Frauenwahlrecht!**  
Herausgegeben zum 4. Sozialdemokratischen Frauentag  
von **Klara Zetkin**.  
Preis nur 10 Pfg.  
Zu beziehen durch  
Expedition und sämtliche Kolporteurs.

**Arbeitsmarkt.**  
**Näherin**  
auf Abänderung von Knaben-Anzügen wird sofort für meine Werkstatt eingestellt. 15753  
**Adolf Krenzberger**, Herren- u. Knabenkleider-Fabrik,  
Engros-Abteilung, Eingang Büttnerstr. 1.

**Erster Feuerschmied** Die 10 Gebote u. die besitzenden Klassen  
von Hoffmann — 30 Pfg.  
melde sich 15751  
Zu beziehen durch die Expedition  
Pinsenerstr. 59, Wagenfabrik. Der Wahre Jakob, Heft 10 Pfg.

**Kleiner Anzeiger**  
Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte 10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Guthaben 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

**Kauf und Verkauf**  
Christenium und Sozialismus von A. Hebel 0.10  
**Arbeitsmarkt**  
Sundestett! Junges fettes Fleisch, Kräftig unversucht, 100 Pf. 18. Kellerladen. [15755]  
Blauer Kinderwagen 1. vert. 6 Pfg. Milchträgerin kann sich melden, Gräbich. Pöfnerstraße 38, II., Danz. 15739  
Abonnenten und Leser der „Volkswacht“ können ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch, daß sie bei ihren Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht“ berücksichtigen und sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht“ beziehen.  
Durch alles dies wird die „Volkswacht“ aktiv unterstützt!



## Deutscher Reichstag.

234. Sitzung, Donnerstag, den 12. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsliche Kräfte, Bischof. Zur der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzesentwurfs betr. Vermögens des Reiches zur Förderung des

### Von den Kleinwohnungen.

Direktor im Reichsamt des Innern Lebold empfiehlt den Gesetzesentwurf, der für sich selbst spreche.

Abg. Göhre (Soz.): Der Entwurf bedeutet einen Fortschritt auf dem Wege der reichsgesetzlichen Wohnungsfürsorge, aber nur einen unendlich kleinen, da er nur solchen Vaugenossenschaften Wohnungsbauförderung geben will, deren Mitglieder reichs- und staatsbedienstete sind. Gegen eine Ausdehnung auf alle gemeinnützigen Vaugenossenschaften wird in der Forderung angeführt, die zu starke finanzielle Belastung des Reiches und außerdem das Fehlen einer Kontrollorganisation. Aber zu einer Vermögensprüfung braucht man überhaupt kein Kapital, und das Fehlen der Kontrollorganisation würde, wenn es überhaupt ein Bedenken ist, auch gegen den Entwurf in seiner jetzigen Ausdehnung sprechen. Nebenbei würden die Gemeinden zur Ausübung der Kontrollfunktion bereit sein. Wir beantragen, den Entwurf an die Wohnungsbauförderungskommission zu verweisen, in der wir seine Ausdehnung auf alle gemeinnützigen Vaugenossenschaften als unsere Hauptaufgabe betrachten. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dieckhoff (Zentr.), Abg. Schulenburg (Natl.), Abg. Wendorf (Soz.), Abg. Dr. Krenn (Rp.), Abg. Mann (Natl.), Abg. Baur (Soz.) begrüßen den Entwurf, unterstützen, der Abg. Wendorf wünscht, ebenso wie Göhre, seine Ausdehnung auf alle gemeinnützigen Vaugenossenschaften, die Kleinwohnungsbau betreiben.

Der Entwurf wird an die Wohnungsbauförderungskommission verwiesen.

### Es folgt die dritte Beratung des Entwurfs eines Postfahrgesetzes.

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Dadurch, daß zwischen dem Abschluß der Kommissionsberatung und der zweiten Lesung von den Parteien ein Kompromiß geschlossen worden ist, an dem natürlich Änderungen im Plenum dann kaum mehr möglich waren, sind die Rechte der Minderheit zu sehr verkleinert worden. Man sollte daher in Zukunft einen solchen Kompromißvertrag erst vor der Kommission zurückerweisen. Dann ist es eher möglich, sachliche Verbesserungen nach durchzuführen. Die Bedenken, die wir gegen das Kompromiß haben, hat der Vertreter meiner Fraktion in der zweiten Lesung, Herr Abg. Voghter, ausführlich dargelegt. Ein neuemotiver Ausschuss des Postfahrgesetzes ist von dem Gesetz nicht zu erwarten. Die Reichspostverwaltung scheint einen solchen Ausschuss geradezu zu scheuen. Die unangenehme Angelegenheit dieses Gesetzes ist nicht nur die eine, sondern, daß die Sache im Fluß bleiben wird. Das kann unmöglich der Abschluß unseres Postfahrgesetzes sein. Eine wirklich große Zukunft kann es erst haben, wenn eine Vereinigung der Gutachten, sowohl der Gesamtsumme wie der anderen Gutachten, bei der Postkonferenz erfolgt. Das würde natürlich stark in die Verhältnisse der Postverwaltung einwirken. Aber gerade deshalb muß dies Ziel möglichst bald verwirklicht werden, denn so wie heute geht es mit unseren Postbanken auf keinen Fall weiter. Durch die ungeheure Ansammlung von Kapital in den Postbanken ist einigen hundert Banken ein nicht erträgliches Verfügungsrecht über einen großen Teil unserer Volkswirtschaft gegeben. Hier liegen Probleme vor, die mit Hilfe der Ausgestaltung des Postfahrgesetzes gelöst werden müssen. Wenn eine Bank für die Deutsche Bank mit 200 Millionen Mark Aktienkapital, 112 Millionen Mark Reserve, 16 000 Millionen Mark Depositionen hat und 12 1/2 Prozent Dividende verteilt, so sieht das ungefähr so aus, wie eine achtbare wirtschaftliche Leistung. Bei genauer Analyse aber zeigt sich, daß zwar die Aktionäre Vorteil davon haben, daß aber volkswirtschaftlich hier mit einer enormen Verschwendung gearbeitet wird. Das heutige System der Verzinsung der Depositionen scheint also ein schwacher Punkt bei unseren Postbanken zu sein, wenn ein Institut von einer solch beherrschenden Stellung in unserem Wirtschaftsleben, wie die Deutsche Bank, ihre Funktionen nicht einwandfrei erfüllt. Voghter hat schon darauf hingewiesen, daß eine viel engere Verbindung des Postfahrgesetzes mit der Reichsbank notwendig wäre. Das liegt auf demselben Wege. Ebenso müßte eine Verbindung mit den öffentlichen Sparkassen angestrebt werden. Wenn wir heute auf der einen Seite Wohnungsgesetze machen, und auf der anderen Seite ruhig zusehen, wie die Banken Bodenpekulation treiben, die mit ihrer eigentlichen Tätigkeit gar nichts zu tun hat, so bewegen wir uns in einem circulus vitiosus.

Eine bloß formelle Ueberwachung der Banken durch Reichskommissionäre nützt natürlich nichts, es kommt darauf an, daß man materielle Macht hat. Und die kann das Reich nur bekommen durch Ausbau des Postfahrgesetzes. Natürlich müßte Hand in Hand gehen ein Ausbau der Rechte der Volksvertretung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wie die Dinge jetzt stehen, muß man also jetzt froh sein, daß das Gesetz so leicht ist, daß es auf die Dauer nicht haltbar ist. Unser Ziel muß bleiben ein Postfahrgesetz, das ermöglicht regulierend in unseren Geldverkehr einzugreifen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Einen Abschluß des Postfahrgesetzes sehe auch ich in der Vorlage nicht, kann aber im übrigen dem Vorredner nicht folgen. Wir stimmen den Beschlüssen zur zweiten Lesung zu und beantragen nur als Ergänzung, daß das Gesetz zum 1. Juli 1914 in Kraft tritt.

Abg. Gothein (Vp.): Am Ende der Entwicklung des Postfahrgesetzes sind wir allerdings mit diesem Gesetz, das immerhin gewisse Fortschritte bringt, nicht. Aber die Zukunftsmusik des Abg. Dr. Südekum erheben mir wenig erfreulich. Die Tätigkeit unserer Banken ist doch eine recht vorfichtige und umsichtige gewesen, und ich hätte eine Todesangst davor, daß die Aktienbanken des Depositenverkehrs verstaatlicht werden sollten vom Bundesrat unter Mitwirkung des Reichstags. Bei der Parteiverpöterung, wie wir sie haben, würden wir damit nicht vom Fleck kommen. (Sehr richtig! bei der Vp.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Ich denke nicht daran, dieser Regierung bei der heutigen Machtverteilung zwischen Regierung und Parlament eine so entscheidende Stellung zuzuwilligen, habe vielmehr ausdrücklich betont, daß eine Entwicklung auf dem Gebiete unseres Verfassungsrechts in der Richtung des parlamentarischen Regimes die Voraussetzung wäre. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Abg. Mann (Zentr.): Herr Südekum hat bei seinen Ausführungen übersehen, daß das Postfahrgesetz sich selbst bezahlt machen muß, und daß die Post niemals so hohe Zinsen zahlen könnte wie die Postsparkasse.

Damit schließt die Diskussion. Das Gesetz wird mit der vom Abg. Dr. Südekum erwünschten Dinstellung angenommen.

Ein Gesetz über die Folgen der Behinderung wechselseitiger schiedsgerichtlicher Verhandlungen im Ausland wird ohne Debatte in zweiter Lesung angenommen.

### Luftverkehrsgesetz.

Ministerialdirektor Lebold empfiehlt den Entwurf, dessen Verkehrsbestimmungen den nationalen Verkehr regeln sollen, was einer internationalen Regelung vorausgehen müßte. Den Verkehrsbestimmungen folgen dann entsprechende Haft- und Strafvorschriften, die in der Deutschnachricht zum Teil schon festgelegt worden sind. In der Kommission, der der Entwurf ja wohl überwiesen werden wird, wird sich hoffentlich eine Verständigung finden lassen.

Abg. Dr. Landwehr (Soz.): Die Regierung hat in dem Entwurf den Zukunftsverpflichtungen zu wenig Raum gegeben. Daß eine nationale Regelung der Verkehrsbestimmungen einer internationalen Regelung vorausgehen muß, davon hat uns der Staatssekretär keineswegs überzeugt. Sollen wir denn solche Vorkommnisse, wie das

### Verhalten eines deutschen Fliegers.

der aus Versetzen die russische Grenze überflogen hat, und seitdem unter dem Verdacht der Spionage zurückgehalten wird, mit Grazie weiter ertragen, mit der Gelassenheit, die unsere Regierung bei Lebenswichtigen Fällen des russischen Nachbarn auszeichnet? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Daß die Führung eines Luftfahrzeuges an eine Genehmigung gebunden wird, und daß die Zulassung zurückgenommen werden darf, wenn sich später die Unzuverlässigkeit des Betreffenden erweist, ist zu billigen, doch muß das Verwaltungsverfahren aufgelockert werden, das im Entwurf steht. Wenn es sich um die Entziehung der Erlaubnis zum Fliegen außerhalb der Flugplätze handelt, läßt der Entwurf allerdings einen Mehrer zu, aber ohne ausreichende Wirkung und ohne, daß Schadenersatz geleistet werden soll, wenn die polizeiliche Verfügung als zu Unrecht erlassen aufgehoben wird. Wenn die Erlaubnis wegen Gefährdung der Landesicherheit verweigert oder entzogen wird, soll ein Mehrer nicht zulässig sein. Hierin spricht sich ein Mißtrauen gegen die Gerichte aus. Ich will nicht unteruchen, inwieweit es berechtigt ist, aber jedenfalls haben wir zu den Behörden, die stat dessen entscheiden sollen, ein noch viel größeres Mißtrauen. (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Als man die Bestimmung schuf, daß die Berechtigung zum einjährig-zweijährigen Dienst bei mangelnder moralischer Qualifikation entzogen werden kann, hat wohl niemand daran gedacht, daß die militärische Behörde den Mut haben würde, einen moralischen Defekt bei jemandem anzunehmen, der sich aus voller Ueberzeugung einer politischen Partei anschließt. Das haben wir aber

erlebt. (Zuruf: Unerböt!) Zu Behörden, die mit einer Vollmacht betraglichen Mißbrauch treiben, können wir kein Vertrauen haben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Haftpflichtbestimmungen des Entwurfs sind geradezu slavisch den Bestimmungen des Automobilgesetzes nachgebildet, ohne daß der Unterschied in dem Wesen von Automobil und Luftfahrzeug irgendwie beachtet wird. Personen, die als Inhaber eines Fahrzeuges zu Schaden kommen, oder die in ihrer Tätigkeit beim Betriebe eines Fahrzeuges beschädigt

werden, sollen nur beim Nachweis der Verschuldung Ansprüche erheben können. Auch wird die Haftsumme beim Tode mehrerer Menschen auf 140 000 Mark im Höchstfalle, bei Sachschäden auf 10 000 Mark festgelegt — wörtlich nach dem Automobilgesetz. Aber durch ein Automobil werden wohl kaum jemals mehr wie fünf Menschen beschädigt werden, ein in eine Menschenmenge hineinfliegender Luftfahrzeug dagegen kann unübersehbar Schaden anrichten. Wir verlangen, daß ein Unternehmer eines Luftfahrzeuges bis zur Grenze der höheren Gewalt Schadenersatzpflichtig gemacht wird. Man sagt, dann könne die Luftfahrzeugindustrie sich nicht entwickeln. Derselben Einwand hat man immerzeit bei den Eisenbahnen und bei den Automobilen von den Interessenten erhoben, aber ohne Erfolg und trotz der vollen Haftpflicht haben sich Eisenbahnen und Automobile recht gut entwickelt. Die volle Haftpflicht ist sogar die Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung, denn die Luftschiffe könnten in späterer Zeit die Konkurrenz mit den Eisenbahnen gar nicht aufnehmen, wenn jeder, der sich der Eisenbahn anvertraut, auf vollen Schadenersatz rechnen kann, beim Transport durch die Luft dagegen nicht. Meine Freunde verlangen also, daß der Fahrer eines Luftfahrzeuges lediglich nach dem B.G.V. haften und nicht nach dem Eisenbahngesetz haften soll. Der Unternehmer aber soll für den vollen Schaden bis zur Grenze der höheren Gewalt haftpflichtig sein. Ist er im einzelnen Fall schuldlos, so ist der Beschädigte sicher noch viel schuldloser. Den Eisenbahnen, die Industrie könne das nicht ertragen, beantworten wir: Wir verzichten auf eine Industrie, die sich nur entwickeln kann auf Kosten der Gesamtheit. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Der Entwurf beantragt von einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, in der wir uns bemühen werden, die Haftpflichtbestimmungen auszudehnen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Dem, was der Vorredner über die Regelung der Haftpflicht in dem Entwurf gesagt hat, kann ich mich durchaus anschließen. Diese Bestimmungen haben uns enttäuscht. Es ist das mobile Eigentum (Scheinpacht) des Reichs, in dessen Besitz 90 Prozent der Luftfahrzeuge sind, bei durch diese verursachten Unfällen die vollständige Entschädigung zu gewähren. Allerdings wünschen wir auch nicht, daß die Entwicklung des Luftverkehrs durch allzu rigorose Haftpflichtbestimmungen erstirbt wird. Wir hoffen, daß bald eine Verständigung über diese Materie erfolgt, die dringend der Regelung bedarf.

Abg. Dr. Landwehr (Soz.): Wir wünschen im Gegensatz zu den Vorrednern im Interesse der Regelung des Luftverkehrs eine vorfichtige Ausgestaltung der Haftpflicht. Die Entschädigungsfähigkeit des Automobilgesetzes reichen hier allerdings nicht aus.

Abg. Dr. Landwehr (Soz.): Uns scheint das Gesetz die richtige Mitte zwischen Zukunftsrisiko und Gegenwartsschaden zu bedeuten. In Bezug auf die Regelung der Haftpflicht haben allerdings auch wir die schwersten Bedenken. Hier wird eine erhebliche Erweiterung der Haftpflicht vorzunehmen sein.

Abg. Gothein (Vp.) hielt gleichfalls eine ausgedehntere Haftpflicht für notwendig. Im übrigen dürfte den Fliegern ihr Beruf nicht durch engherzige und kleinliche Polizeimaßnahmen vererbt werden.

Direktor Lebold sagt zu, daß der Bundesrat bei der Ausarbeitung der Vorschriften Sachverständige hören werde.

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Um nur zuversichtliche Personen zu Führern von Luftfahrzeugen zu haben, ist die Errichtung kommunaler und staatlicher Schulen statt privater nötig. Ebenso wie das die Chauffeurs für ihren Beruf verlangen, ferner fehlt in dem Entwurf jeder Schutz für die Steuerleute, Maschinenführer und sonstige Mannschaften der Luftfahrzeuge. Eine Begrenzung der Arbeitszeit dieser Leute, die eine äußerst neuverarbeitende Tätigkeit haben, ist dringend notwendig. Gesetz hat nach der Gewerbeordnung der Bundesrat das Recht, Vorschriften zu erlassen gegen übermäßige Ausbeutung der Arbeitszeit in bestimmten Gewerben. Aber von diesem Recht hat er vielfach keinen Gebrauch gemacht. Daher müssen Bestimmungen zum Schutz von Leben und Gesundheit dieser Arbeiter, die bei ihrem Beruf ständig dem Tod ins Auge sehen, geschaffen werden. (Bravo u. d. Soz.)

Dieses Gesetz wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Hierauf verlegt sich das Haus auf Freitag 10 Uhr (kurze Anfragen, Dringlichkeitsinterpellationen des Zentrums).

Schluß 10 1/2 Uhr.

## Aus aller Welt.

### Eine merkwürdige Radiumgeschichte.

Die „Archiv für Röntgenstrahlen“ erzählt ein kurzweiliges Geschichtchen von den Schicksalen eines Radium-Röhrenmenschen. Im großen Krankenhaus in Liverpool lag ein Mann, der an treffenden Geschwülsten im Gesicht litt. Er wurde mit Radium behandelt und man hatte ihm zwei Röhren in das Gesicht gelegt, von denen das eine 50, das andere 30 Milligramm dieses teuersten Stoffes der Erde enthielt. Die Befestigung war so sorgfältig, daß eine Ablösung unmöglich erschien. Außerdem hatte die Krankenschwester noch eine besondere Ermahnung erhalten, den kostspieligen Patienten scharf zu überwachen. Trotzdem stellte sich bei der Befestigung des Verbandes heraus, daß das größere Röhrenchen im Werte von etwa 20 000 Mark verichunden war. Der Fußboden, das Bett, der Kranke selbst wurden auf das sorgfältigste untersucht, aber alles war vergebens. Die Pflegerin hatte das Versehen begangen, dem Kranken zu erlauben, daß er selbst zum Waschtisch gehen durfte. Das brachte eine Unsicherheit in die Beurteilung der Frage. Natürlich dachte man auch daran, daß der Mann das Röhrenchen verschluckt haben könnte. Er wurde mit Röntgenstrahlen durchleuchtet, aber auch dies förderte kein Verdachtsmoment zu Tage. Ebenso erfolglos war die Verabreichung eines Abführmittels. Man isolierte also das Krankenhaus und kontrollierte alles, was hinausgeschickt werden sollte. In einem Schuppen stand nun ein Karren mit Abfällen, die man gerade forttransportieren wollte. Zur Vorsicht wurde er zurückgehalten. Mittlerweile wußte ein Professor den Kranken, das Bett und die ganze Umgebung mit Hilfe eines Elektroskops, aber ebenso erfolglos. Schließlich wurde das Instrument auch an dem Müllkarren verucht — und es zeigte eine Beeinflussung. Nunmehr galt es als sicher, daß die 20 000 Mark Radium in dem Karren verborgen waren. Es wurde darauf ein Korb nach dem anderen aus dem Karren geschöpft und jeder einzelne mit dem Elektroskop geprüft. Elf Körbe waren schon beleuchtet, als endlich beim zwölften die Blättchen des Apparates sich wieder in Bewegung setzten. Nun wurde der Inhalt aufs sorgfältigste, eine Hand voll nach der anderen, herausgehoben und in ein Sieb geschüttelt. Das Elektroskop blieb unbeeinträchtigt über dem Karren. Wäglich, als eben wieder eine Hand voll Müll dem Korb entnommen war, stand das Elektroskop still. Die letzte Portion wurde untersucht und sofort das Röhrenchen hervorgezaubert. Die Angelegenheit hatte natürlich im Krankenhaus und in anderen beteiligten Kreisen nicht geringes Aufsehen erregt, sobald eine größere Zahl von Leuten auf der Suche und bei dem überragenden Erfolge zugegen waren.

Die Geschichte ist in mehr als einer Hinsicht einzigartig, besonders in der Anwendung eines wissenschaftlichen Verfahrens, in dem das Elektroskop gleichsam als Spürhund hinter dem verlorenen Radium hergeschickt wurde. Es ist nicht das erste Ereignis dieser Art, denn es ist bereits vorgekommen, daß wertvolle Radiumproben mit Verbandzeug fortgeworfen oder gar verbrannt worden sind.

Als bestes Mittel zur Verhütung schlägt der Herausgeber der Archiv vor, das Radium bei der Aufbewahrung und beim Gebrauch in einem wertvollen und schön verzierten Behälter einzuschließen, der den Wert des Inhalts eindrucklich kennzeichnet. In einem Krankenhaus ist dieser Brauch bereits eingeführt worden. Das Radium wird dort in einer Metallhülle gehalten, die mit farbiger Enaille verziert worden ist. Vor der Benutzung wird sie mit einer Schnur versehen, die in eine goldene Troddel ausläuft. Diese wird so gelegt, daß sie aus dem Verband herausragt, so daß eine Verletzung des Hüllens erkannt werden kann. Außerdem läßt sich die Schnur noch besonders an dem Verband befestigen.

### Ueber die Erlegung des Bauernschredes in Kärnten

wird der „München-Augsb. Ztg.“ von einem Augenzeugen geschrieben: Am 5. März wurde im gräflichen Meierhofe Taubenschlag in der Gemeinde Waldenstein der Bauernschred um 1/2 12 Uhr mittags erlegt. Der Bauernschred ist, wie wir schon berichteten, ein sehr starker Wolf, der sich jeberfalls aus Krain oder Kroatien hierher verirrt hat. Daß das erlegte Tier aus einer Menagerie entkommen ist, ist ausgeschlossen. Denn sein Aussehen ist nicht das jener verklümmerten Tiere. Man entnimmt sich, welchen ungeheuren Apparat die Jagd auf dieses Raubtier schon in Bewegung gebracht hatte. Gendarmen und Militär waren durch Monate schon aufgezogen, Telephonationen wurden im Gebirge ertichtet. Jagden mit 300 bis 500 Schützen waren schon abgehalten worden, in letzter Zeit waren zwölf Berufsjäger aus der Steiermark wochenlang auf der Suche nach dem Raubtier. Alles war umsonst. Dem im gräflichen Meierhofe Taubenschlag wohnenden Förster Josef Thonhäuser mochte es vorbestanden, mit nur drei Belegleitern das Raubtier vor den Schützen zu bringen. Allerdings kam ihm ein wenig auch die frühe Lage zu Gute, indem die Nordwestseite des Thonhäuser'schen Tiefs durch den Bau des fürstlichen Meierhofes Thonhäuser's abgegrenzt war, so daß dort ein Ausbrechen des Tieres unmöglich war. Aber das Entkommen, das Anstellen der Schützen und die Anwesenheit der Förster hat er einfach allzugenutz gemacht. Die Maße des erlegten Wolfes sind folgende: Gesamtlänge 177 Zentimeter, Länge des Kopfes 48 Zentimeter, Höhe Hinterbacken 37 Zentimeter, Länge des Schwanzes 85 Zentimeter, Vorderbacken 31 Zentimeter. Der Wolf wurde dem Jagdbauer zugesprochen, der nun auch die ausgeübte Prämie erhalten wird. Der letzte Wolf in dieser Gegend wurde im Jahre 1838 geschossen.

Nach Grazer Mitteilungen hat die jagdmännliche Untersuchung des erlegten Raubtieres ergeben, daß es sich um einen Balkanwolf handelt. Es wird sich natürlich nie erlösend lassen, wie das Tier den Weg vom Balkan nach Steiermark gefunden hat; aber da sein Auftreten zeitlich mit dem Balkankrieg zusammenfällt, so sind die Triebe, die ihn zu der weiten Reise veranlaßten, natürlich sehr leicht zu erklären. Der Balkankrieg hat als erste Folge die Entstellung der freien Weide gebracht. Die Erleger brauchten Fleisch, und so mag wohl der erste und größte Antrieb die Futtermittelgewinnung sein, die den Wolf über Slowenien und Kroatien nach Steiermark wechselließ.

Vielleicht hat ihn auch die Schlichelei nervös gemacht, und er floh aus Gebieten, in denen die furchtbar wendenden Herdentiere verschunden und die männerwerbenden Kriegergeharnen entzogen waren. Die Spekulationen auf die Neugliederung hat der Jagdbauer der Koralle Graf Seidel-Domermarsch durchkreuzt. Der „Bauernschred“ wird in Graz und in Wien nicht ausgekostet werden. Er wird im gräflichen Schlosse als Jagdbeute aufbewahrt.

### Er lebet noch!

Daß noch andere Raubtiere die Gegend umher machen, scheint sicher zu sein. So merkt jetzt das „Grazer Volksblatt“ aus Gankl Nifolai, daß dort laut Verfügung des Bezirkshauptmanns die Schule wegen Auftretens eines Raubtieres geschlossen wurde.

### Zabern macht Schule.

Aus Belgien wird berichtet: Nachdem bereits kürzlich die Offiziere der Militärreitschule in Ypern unliebsames Aufsehen erregt hatten, indem sie in betrübtem Zustande die Pflanzungen belästigten und einen Polizisten mißhandelten, hat am Sonntag ein Offizierssohn auf dem Plage de Trouverez in Brüssel seinen Selbstmord begangen. Ein Korporal der Wägerei hatte den Marschallung nicht gesehen und daher nicht gewarnt. Der Offizierssohn ließ den Unteroffizier festnehmen und ließ ihn vor allem Publikum den Schießstand betreten, um dessen Nummer festzustellen. Eine große Menge Zuschauer sammelte sich um den Offizier und brüllte ihre Meinung über dessen Handlungsweise in gehöriger Weise aus. Der Offizier entsetzte sich und trat in ein Café. Als er sich hier niederzusetzen wollte, wurde er durch einen Mann, der sich als Offizier ausgab, angesprochen, daß es besser gewesen wäre für ihn und den Unteroffizier, wenn er der Stempel auf der Straße nicht verpasst hätte.



